

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Lageblatt Rieser,
Grenzstr. 22,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Polstschekonto:
Kassend. 1880.
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 281.

Mittwoch, 3. Dezember 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe einzelner Anzeigen oder durch Abgabe von Anzeigen in größeren Mengen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Volk in Not.

Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ des Deutschen Reiches auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ist da. Wie der einzelne im Zustand der Notwehr und des Notstandes berechtigt ist, um die eigene Existenz zu wahren, so außergewöhnlichen Mitteln zu greifen, so folgt auch aus dem Daseinsanspruch und der Daseinspflicht des Staates das Recht, in außerordentlichen Fällen anders zu verfahren, als es in normalen Zeiten der Fall ist, in denen die parlamentarische Maschine reibungslos läuft und die verfassungsmäßigen Grundrechte der Staatsbürger schützt. Der Artikel 48 AB ist, darüber herrscht Klarheit, der Artikel des Belagerungsstandes, doch ist hier gleich zu bemerken, dass dieser Begriff bei uns aus Frankreich eingeführt wurde und längst nicht mehr eine passende Bezeichnung für die gesetzliche Regelung des Ausnahmezustandes ist. Staatspolitisch gesehen befinden wir uns gegenwärtig in einem Ausnahmezustand. Die neue deutsche Reichsverfassung gibt im 2. Abs. des Artikels 48 dem Reichspräsidenten — und zwar grundsätzlich nur ihm — das Recht zur Anwendung besonderer Maßnahmen, „wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet wird“. Die ganze öffentliche Meinung unseres Volkes ist sich heute darüber einig, dass die Voraussetzungen für die Anwendung dieser Verfassungsbestimmungen gegeben sind.

Verfassungsgemäß liegt die gesetzgebende Gewalt grundsätzlich bei der Volksvertretung. Die Gegner des absoluten Fürstentums und auch die Freunde des alten Bundesstaates legten großen Wert auf eine klare Scheidung der gesetzgebenden Gewalt von der richterlichen und von der Exekutive. Die staatspolitischen Ergebnisse des deutschen Volkes im letzten halben Jahre drängen dem ganzen deutschen Volke die Erkenntnis und Wahrheit von der Einheit des Staates sowie der Einheitlichkeit und Unteilbarkeit der Staatsgewalt auf. Es gibt in der Tat keine geteilte, keine fragmentarische, keine geminderte und beschränkte Staatsouveränität.

So lange der Versailles Friedensvertrag besteht, vornehmlich in seinen wesentlichen Teilen, ist von einer Souveränität des Deutschen Reiches nicht die Rede. Seit 12 Jahren leidet unsere gesamte Außenpolitik an dem Mangel an Souveränität, ebenso lange kämpft sie um die Wiederherstellung der souveränen Staatsgewalt und die gleiche Zeit hindurch erleidet eine Reichsregierung nach der anderen, dass das Volk nicht geschlossen in diesem Kampfe um die Unabhängigkeit und Hoheit der Staatsgewalt hinter ihr steht. Unglücklicherweise fehlt auch die Autarkie, wir meinen die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit. Wir besitzen wohl auf deutschem Boden die Arbeitskräfte, ja Hunderttausende mehr, als wir benötigen, nicht aber die Rohstoffe und Lebensmittel, die wir brauchen, um unserer Volkswirtschaft den Charakter einer sich selbst genügenden Wirtschaft zu verschaffen. Das Millionenheer der Arbeitslosen sollte diese wirtschaftliche Last auf dem deutschen Volksgenossen nahe und schließlich auch zu vollem Bewusstsein bringen. Dann würden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen wir alle leiden, die Bemühungen der Reichsregierung um die Sanierung der Finanzen und die Restaurierung unserer Wirtschaft weitesten Volksteilen in einem ganz anderen Lichte erscheinen.

Jahre der Heimtückung, der Demütigung und internationaler Ausbeutung können an keinem Kulturvolke spurlos vorübergehen. Unter unseren Augen vollziehen sich soziologische Wandlungen, die sich in gesteigertem Nationalismus auswirken, der teils nationaler und teils internationaler, immer aber antisozialistischer Natur ist. Dies erleben wir im Zeitalter des Hochkapitalismus, der in der Nachkriegszeit eine neue Hochblüte erleidet, aber gegenwärtig an einer internationalen Krise darniederliegt, von der seine Freunde sagen, dass er sich in einigen Monaten von dieser Krankheit wieder erholt, während seine Gegner und Feinde danach trachten, ihm den Sarg zu machen. Freilich ist es nicht allen gleich ernst mit diesem Kampf auf Leben und Tod. Der Staatspolitiker hat jedoch alle Verantwortung dieses Ringens um die Idee, um die Gestaltung und Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft mit der diesem Kampfe immanente Wichtigkeit zu verfolgen.

Würden die tiefen Gegensätzlichkeiten, der hoch ausgeprägten Häß und Angerinn, die Leidenschaftlichkeit und der Drang nach neuen Ufern ungehindert aufeinanderprallen, dann wären wir längst mitten in einem blutigen Bürgerkrieg. Ein glühendes Geschick bewahrt uns bisher vor diesem nationalen Unglück. Voller Vertrauen schaut seit Monaten das Ausland, lebt noch mehr als früher, auf die ergebene Gestalt des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, den es als den ruhenden und sicheren Pol bei all den nationalen und internationalen, den rationalen und irrationalen, den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strömungen betrachtet, die unser Volk mit gesteigertem und vielfach krankhaft übersteigertem Pulsschlag durchfluten. Im Rücken des Herrn Reichspräsidenten aber steht die Reichswehr und die Staatspolizei. Wir wissen, dass rein verfassungsrechtlich gesehen, auch die bewaffnete Macht des Reiches eingesetzt werden kann, um Ruhe und Ordnung zu sichern. Der Reichspräsident ist bei der Wahl der Maßnahmen unbeschränkt, so lange nicht das vorgezeichnete Reichsgesetz Beschränkungen ihm auferlegt. Ein derartiges Reichsgesetz ist aber im neuen Reich bisher ebensowenig ergangen, als im alten Reich jemals! Regieren heißt führen.

Die deutsche Note wegen der polnischen Terrorakte.

Die deutsche Note betreffs Oberschlesien in Genf veröffentlicht.

Genf. (Funkpruch.) Die Note der deutschen Reichsregierung über die Gewalttaten in Polnisch-Oberschlesien ist heute nachmittag hier vom Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht und gestern abend sämtlichen Mitgliedsstaaten mit folgender kurzer Begleitnote zugestellt worden.

Der Generalsekretär beehrt sich, beiliegend dem Rat einen Brief der deutschen Regierung vom 27. November 1930 mit Anlagen betreffend die Lage der deutschen Minderheit in der Wojwodschaft Schliesien (Polen) mitzuteilen.

Berlin. (Funkpruch.) Die deutsche Note wegen der polnischen Terrorakte gegen Angehörige der deutschen Minderheit bei den Wahlen in Polen, die heute veröffentlicht wird, besteht aus einem Begleitreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes und einer eingehenden Darstellung der vorgekommenen Gewalttaten.

In dem Begleitreiben heißt es, dass die in Polnisch-Oberschlesien gegen die deutsche Minderheit verübten Gewalttaten eine flagranten Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 darstelle. Die deutsche Regierung, die gemäß Artikel 72 Absatz II der Konvention die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf diese Vorgänge lenkte, bittet den Generalsekretär, veranlassen zu wollen, dass die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Tagung des Völkerbundes gesetzt werde.

Die dann folgende dokumentierte Darstellung der Gewalttaten gliedert sich in drei Teile, deren 1. die Verletzung des Wahlrechtes der Minderheit behandelt, während der 2. Teil die Terrorakte gegen die deutsche Minderheit schildert und der 3. Teil eine Zusammenfassung und Schlussfolgerung aus dem Hervorgehenden enthält.

In zwei Anlagen sind der Note das Wahlplakat des Verbandes schlesischer Aufständischer und das Wahlplakat des Westmarkenvereins, Westschlesien, beigegeben. Im ersten Teil wird eingangs darauf hingewiesen, dass für viele tausende Angehörige der deutschen Minderheit die Ausübung des Wahlrechtes dadurch unmöglich gemacht worden sei, dass systematisch gegen ihre Aufnahme in die Wählerlisten Einsprüche erhoben wurden mit der Begründung, sie hätten nicht die polnische Staatsangehörigkeit. Allein im Wahlkreis Kattowitz und Königshütte seien auf diese Weise etwa 30 000 Einsprüche erhoben worden, die auf einem vorgezeichneten Formular herausgegeben wurden, woraus sich das planmäßige einheitliche Vorgehen ergebe. Der ganze Vorgang werde durch die Tatsache charakterisiert, dass an der polnischen Staatsangehörigkeit bisher niemals ein Zweifel bestanden habe und die Betroffenen in den vergangenen 8 Jahren bei allem Unbequ岸handel mitgenommen hätten. Zum Teil hätten sie sogar öffentliche Bemerkungen über die Verletzung der Wahl selbst hätten die Deutschen den Schutz vermisst, den die gesetzlichen Bestimmungen für die freie Veräußerung des Wahlrechtes vorsehen. Vom Verband schlesischer Aufständischer sei Propaganda für offene Abgabe des Stimmzettels gemacht worden, wodurch das Wahlgeheimnis verletzt worden sei. Ein Erlaß des Ministeriums des Innern, in dem auf Anfrage eines Wahlkommissars ausgeführt sei, es stehe dem Wähler frei, offen oder geheim seinen Stimmzettel in das amtliche Wahllokal zu legen, sei vom Wojwoden durch öffentlichen Aufschlag vom 20. Oktober d. J. bekanntgemacht worden. Er sei von dem offiziellen Organ Polska Zachodnia und den Aufständischen in dem Sinne ausgelegt worden, daß jeder, der geheim wähle, damit dokumentiere, daß er ein „Staatsfeind“ sei.

Im zweiten Teil der Darstellung, der die Terrorakte gegen die deutsche Minderheit behandelt, heißt es, seit dem Beginn des polnischen Wahlkampfes hat die deutsche Bevölkerung im polnischen Oberschlesien unter dem schrecklichen Terror gelitten. In vielen Ortschaften haben Mitglieder des „Schlesischen Aufständischen Verbandes“, einer militärisch organisierten, von den Behörden gestatteten Vereinigung, die noch aus der Zeit des polnischen Aufstandes im Abstimmungsjahr 1921 stammt, ein wahres Gewaltregiment ausgeübt. Mit Waffen aller Art ausgerüstet, durchstreifen sie jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit in Uniform die Straßen, ergingen sich in Drohungen der Minderheit und schändeten in Gaststätten und Wohnungen nach Minderheitsangehörigen. Tausende von Drohbriefen wurden versandt, die den Stempel des Aufständischen Verbandes trugen. In diesen Briefen wurde gedroht, daß die Empfänger, wenn sie nicht offen für die polnische Liste stimmten, ihr Hab und Gut oder aber ihre Familien machen sollten. Bei dieser Einschüchterung und Bedrohung ist es jedoch nicht geblieben. Vielmehr sind in einer großen Zahl von Fällen Mißhandlungen bis zu den schwersten Gewalttätigkeiten vorgekommen.

Es folgt nun die Darstellung einiger der schwersten Fälle, die zum größten Teil aus den Schilderungen der Presse bereits bekannt sind. Besonders hervorzuheben sind die Vorgänge von Kattowitz, wo 25 Aufständische eine Mitgliedsversammlung der Ortsgruppe der deutschen Gewerkschaft der Angestellten überfielen, wobei mehrere Deutsche schwer verletzt wurden. Während des Überfalls befanden sich nicht weniger als 4 Polizisten, nämlich ein Polizeikommissar und drei Polizeiwachmeister, in einem Nebenzimmer des Saales, die nicht eingriffen.

Ebensowenig ist die Polizei eingeschritten gegen das Eindringen von etwa 15 Aufständischen in die Wohnung des deutschen Anwaltes Nitsch in Kattowitz-Salzen am 28. Oktober, wobei mit Gummiknüppeln und Stöcken auf die Angehörigen des Anwaltes eingeschlagen wurde, obwohl die Polizeiwache nur 2 Minuten von der Wohnung entfernt liegt; ferner bei dem Ueberfall gegen mehrere Stadtverordnete in Schran, bei dem der Druckereibesitzer Paul Gansold so ausgerichtet wurde, daß er besinnungslos liegen blieb.

Ein schwerer Gewaltakt wurde am 15. November gegen den fast 60jährigen Landwirt Josef Greifite II in Oberschlesien verübt. Der alte Mann wurde auf das freie Feld geführt, mit dem Tode bedroht und durch Schläge auf die nackten Hüften schwer mißhandelt. Ferner werden die Terrorakte von Siemianowitz, Ochsenbirk und Salzenowitz ausführlich geschildert. Es wird dazu bemerkt, die Notlage in Oberschlesien seien von dem Präsidenten der gemischten Kommission an Ort und Stelle untersucht worden, der sich von der Schwere der Gewalttaten überzeugt habe. Der Massenüberfall, der sich Kundelung hinzogegen habe, habe sich abspielen können, ohne daß die Gemeindebehörde oder die Polizei dagegen eingeschritten wäre. Die Vorkommnisse seien aus einer großen Zahl ähnlicher Fälle herausgearbeitet, deren Aufzählung sich noch erheblich vermehren ließe.

Kurze Ermahnungen verdienen nur noch, daß den blutigen Vorfällen in Siemianowitz seit Mitte Oktober eine große Anzahl von Sachbeschädigungen, meist Zerstörung von Fensterrahmen und Mißhandlungen von Leitungsarbeiten, und anderen Minderheitsangehörigen vorausgegangen seien, die gerade in diesen Orten die organisierte Planmäßigkeit des Terrors besonders deutlich hätten erkennen lassen.

Weiter heißt es in der Note: Die deutsche Regierung hat bei Prüfung des ihr vorliegenden Materials durchaus die Erfahrung in Rechnung gestellt, daß in Zeiten eines politischen Wahlkampfes die Leidenschaften der Bevölkerung erregt zu sein pflegen und daß in solchen Zeiten Ausschreitungen gegen politische Gegner von den Behörden nicht immer verhindert werden können. Mit solchen Einschreitungen des Wahlkampfes lassen sich die abschließenden Vorkommnisse in keiner Weise vertragen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß es in Oberschlesien, wo es innerhalb der polnischen Mehrheit starke Bevölkerungsgruppen gebe, die in scharfem Gegensatz zur Regierung ständen, terroristische Akte ihnen gegenüber nicht vorgekommen seien. Es handele sich also um eine bewusste und planmäßige Aktion gegen die deutsche Minderheit, die von den polnischen Behörden zum mindesten wohlwollend gebilligt worden seien. Im Mittelpunkt des Kampfes gegen die Minderheit stehe der schlesische Aufständischenverband. Ehrenvorsitzender dieses Verbandes sei der Wojwode von Schliesien. Viele hohe Beamte des Staates und der Kommunalverwaltungen zählten zu seinen führenden Mitgliedern. Der Verband sei seit Jahren die treibende Kraft aller Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit und der Organisator eines systematischen Feldzuges gegen das Deutsche. Seine Bedeutung in Oberschlesien sei um so größer, als seine 40 000 Mitglieder sich durch die einflussreiche Persönlichkeit des Vorsitzenden und die in sonstigen hohen Staatsstellungen befindlichen leitenden Unterführer bei allen ihren Schritten gedeckt fühlten und von der Polizei keinerlei Schwierigkeiten erwarteten.

Im dritten Teil der Note wird zusammenfassend festgestellt, große Teile der deutschen Minderheit sind durch willkürliche Maßnahmen der Behörden von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen worden. Soweit die Minderheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnte, wurde die geheime Stimmabgabe unmöglich gemacht. Der Terror, unter dem die deutsche Minderheit leidet, geht im wesentlichen vom Aufständischen-Verband aus, der die Aktion gegen das Deutsche zielbewußt vorbereitet und durchgeführt hat. Der Verband arbeitet im einzelnen mit den Behörden. Der höchste Beamte von Polnisch-Oberschlesien ist Vorsitzender, viele hohe Beamte sind führende Mitglieder. Die Polizei vernachlässigt durchwegs ihre Pflicht, indem sie gegen die Gewalttätigkeiten, denen die Minderheit ausgesetzt ist, entweder überhaupt nicht oder doch nur in völlig unzureichendem Maße eingreift.

Die deutsche Regierung erwartet, daß der Völkerbund, rat diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Rechtslosigkeit und Bedrückung abzuhelfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden hat.

dadurch eine große Gefahr für die hungerigen Vögel sind. Von Vorteil ist es, täglich das Futterhäuschen zu säubern; auch der verbleibende Futterrest des Vortages sollte hier abgeholt werden. Weisen Sie den Vögeln an, an denen Sie mit Vorliebe pflücken. Bekannt sind auch die praktischen Futterringe, bei denen die verbleibenden Körner in Holz eingegossen sind. Diese sind aber die Vögel nicht gleich an diese Ringe; sind sie aber einmal angeklüppelt, so werden sie oft in kurzer Zeit völlig abgetrieben. Weist die Kinder zu regelrechter Fütterung der hungernden Tiere an; sie werden ihre große Freude dabei erleben.

Welche Wintergerste? Die im Herbst. Wie kommt es, daß um diese Jahreszeit viele Wintergerstenfelder so häufig gelb ausfallen und zahlreiche Blätter bereits abgestorben sind? Mancher hat schon beobachtet, daß die Wintergerste völlig eingestirbt, und doch leben die Pflanzen noch und werden sich im Frühjahr wieder erholen. Wir wissen, daß Wintergerste sehr empfindlich ist gegen Kaltschaden und daß sie ähnliche Erscheinungen aufweist, wenn der Boden sauer wurde. In solchen Fällen gehen aber nach dem Gelbwerden die Pflanzen ein, und es verlaufen nicht nur die äußeren Blätter. Auch auf Nährstoffmangel ist das Vergilben nicht zurückzuführen, sondern in der Regel ist zu frühe Aussaat daran schuld. Weist die Entwicklung der Wintergerste vor der Vegetationsruhe im Winter sehr weit, wie gerade in dem diesjährigen wüchsigen Herbst zu beobachten ist, so überwächst sie sich sehr stark. Je früher sie gesät wurde, um so mehr tritt diese Erscheinung auf. Da ist es auf jeden Fall besser, sie etwas später auszubringen und ihre Entwicklung ohne Störung verlaufen zu lassen. Daher ist man Wintergerste nie vor Mitte September aus. Untere gezeiten Blühtungsformen sind winterfest genug, um normalen Wintern auch bei späterer Aussaat standhalten.

Abderrau. Stillkleidungsverbrechen. In der Nacht zum Dienstag wurde ein aus Chemnitz gebürtiger und nachhergehend hier aufhältlicher Händler wegen verübten Stillkleidungsverbrechens vorläufig festgenommen und durch die hiesige Gendarmerie dem Amtsgericht Neißa zugeführt. Er hatte sich am Montagabend mit einer geschiedenen Ehefrau aus der näheren Umgebung in einem hiesigen größeren Bierlokal zum Kartenspiel niedergelassen und begleitete schließlich seine Partnerin auf dem Heimweg, der in späterer Abendstunde angetreten wurde. Hierbei versuchte der Händler mit Gewalt die Frau zu unethischen Handlungen zu zwingen. Durch Hilferufe und energische Abwehr war es der Frau möglich, das Verbrechen zu verhindern.

Wittenberg. Die vom hiesigen Männergesangsverein am 9. November vor ausverkauftem Hause aufgeführte Operette: „Der Weg ins Paradies“ an wiederholten, war eine glückliche Idee, denn von vielen Seiten war es bedauert worden, daß man der verschiedenen Kirchengemeinden halber damals der Aufführung hatte nicht beizubringen können. Der Saal des Rathhauses Sonntag am Bahnhof war denn auch am vergangenen Sonntag sehr gut besetzt und man sah ganze Tische von den Bewohnern der Ortsteile Niesitz, Kollitz, Werich, Streumen und Wittenberg selbst eingenommen, welche der bekannt gemordete Erlola des ersten Festes herbei gelockt hatte. Gezielt und geordnet wurde wieder einmal und es sei an dieser Stelle noch besonders bemerkt, daß Frau Banitz (als das Dienstmädchen der Familie Binneberg) recht zum Gelingen des 1. und 2. Aktes beigetragen hat, was auch der Fall bei den Tamen Frau Tauscher und Fräulein Banitz war, die zumal im 2. Akt recht lustige Rollen wiedergaben. Die Leitung der Aufführung lag natürlich wieder in Händen des bewährten Dirigenten, Herrn Kantor Schubert, und die mitwirkenden Mitglieder der Niesitzer Stadtkapelle, des Herrn Direktor Peyer, fügten sich tadellos ihrem Dirigenten an. Ein gemütliches Längchen bildete auch diesmal den Schluß des Festes.

Kadewitz. Vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige Jugendverein einen Theaterabend. „Der Jugend Schuld gelohnt“, ein Drama in 3 Akten, gelangte zur Aufführung. Die einzelnen Rollen waren sehr gut besetzt und wurden in blendender Weise wiedergegeben. Das zahlreiche Publikum spendete reichlich Beifall und es dürfte wohl jeder mit der Bekriedigung, einen geglückten Abend verbracht zu haben, nach Hause gegangen sein. Für Sonntag, den 7. Dezember, ist eine Wiederholung im Rathhof Schauspielhaus geplant.

Großenhain. Die Verabredung des Herrn Schlachthofdirektor Stadtveterinär-Rat Dr. Gänsehäsel, der nunmehr mit dem 30. November 1930 in den dauernden Ruhestand getreten ist, erfolgte am Montag mittag an Rathshaus. Vertreter des Rates und der hiesigen Kollegen, sowie der Beamtenschaft und der Fleischereinnung hatten sich eingefunden.

Sörnewitz. Glück im Unglück hatte vor einigen Tagen eine Dame, mit ihrer eleganten vierfüßigen Fiat-Limousine von Dresden nach Meissen fahrend, eingangs unseres Ortes. Unverkennbar — eine Schnurgerade Straße, eine scharfe Linksdrehung, und der Wagen faßt die zwei Meter hohe Böschung hinab, blickt an einem Straßbaum vorbei auf die Weite, welche durch die Rodung 20 Zentimeter unter Wasser stand. Einige vorüberfahrende Motorradfahrer brachten die etwas erschrockene und blaß gewordene Fahrerinnen zurück auf die Straße, während einige andere Leute das Auto aus dem nassen Element auf die Straße brachten. Nachdem sich beide Ansassen von ihrem Schreck erholt hatten, konnten sie ihre Reife in Richtung Meissen ohne Reparatur fortsetzen. Es soll die Steuerung verlagert haben oder sonst etwas, was eben bei einem Auto manchmal verlagert.

Dresden. Brand in einer Teerfabrik. Am Dienstag mittag in der 2. Stunde entstand in einer Teerfabrik auf der Raststraße ein Schadenfeuer, das größeren Umfang anzunehmen drohte. Es brannten ein Teerfessel, sowie Kohlen, Holz usw. Auch Türen und Fenster waren bereits vom Feuer ergriffen. Die Feuerwehr löschte den Brand mit einer Schlauchleitung und unter Zuhilfenahme eines Schaumlöschers. Die Brandursache ist unbekannt.

Dresden. Folgeschwere Meinungsverschiedenheiten. In einem Hause auf der Ostbahnstraße gerieten in der Nacht zum Dienstag einige Hausbewohner miteinander in Streit, der in eine schwere Schlägerei ausartete. Dabei wurde eine mittelgroße 41 Jahre alte Schneiderin so schwer am Kopf verletzt, daß sie ins Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Dresden. Zum Kraftfahrzeugverkehr. Im Zusammenhang mit dem Teilzeit der Kraftfahrzeugverkehr kam es gestern mittag in den Hauptstraßen zu Zusammenstößen. Die Polizei trieb die Demonstrationen, die teilweise mehrere hundert Mann zählten, ohne nennenswerte Gewaltanwendung auseinander. Es wurden einige Einführungen vorgenommen. Die Menschenansammlungen, besonders an den Parkplätzen der Kraftfahrzeuge, dauerten in den ersten Nachmittagsstunden noch an. — Von der kommunikativen Stadtverordnetenfraktion ist im Stadtverordnetenkollegium der Antrag eingebracht worden, den freitenden Kraftfahrern Befehlen durch Verlesung von Strafen usw. zu gewähren.

Dresden. Den Verlesungen entgegen. Am Sonntag nachmittag war Ede Kronek und Nordbergstraße eine 50 Jahre alte Frau beim Ueberstreifen der Fahrbahn, wahrscheinlich durch eigenes Verschulden, von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geschleudert worden. Die Frau war mit schweren Verletzungen ins Johannstädter Krankenhaus übergeführt worden, wo sie inzwischen verstorben ist.

Dresden. Die „Fremdenpost“ vom Kriegsveteranensamt. Vor kurzem erschien bei der hochbetagten Witwe eines Offiziers in der Rostschstraße ein jüngerer Mann und sagte dieser, daß er sie unter vier Augen sprechen müsse, um ihr eine freudige Mitteilung zu machen; sie möge ihre anwesende Schwägerin aus dem Zimmer schicken. Die Schwägerin Grotz ließ ihre Schwägerin hinausgehen, da der Mann auf seiner „Dienstbescheinigung“ bestand. Dann erlaubte er um eine Stunde für die Krüppelstühle. Als die Dame Herrn Grotz das Geldbäckchen entnommen hatte, machte sich der Unbekannte daran zu schloffen und verließ plötzlich unter einer Warnung das Zimmer. Als die vor Schreck über das Benehmen ganz konsternierte Dame mit ihrer Schwägerin in dem Geldbäckchen nachsah, war ein Fünftelmilchstein, der momentane Gelddiebstahl der Grotz, verschwunden. Die verdächtige Kriminalpolizei nahm die Ermittlungen auf. Bisher ist festgestellt worden, daß der dreifache Diebstahl der schon mehrfach unter einem Vorwand da war, auch bei anderen alten Offizierswitwen sehr häufig vorkommt. Hier allerdings mit weniger Erfolg.

Dresden. Wer ist „Uralach“? Die die „Dr. H. H.“ aus superlativischer Quelle erfahren, ist der Russe Alexander Uralach, gegen den der Staatsanwalt in Dresden ein Untersuchungsverfahren wegen Betrugs und Urkundenfälschung schwebt und gegen den demnächst Anklage erhoben werden soll, seit vielen Jahren unter falschem Namen gereist. Bei den zahlreichen polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen über das Vorleben Uralachs heißt es jetzt plötzlich heraus, daß der Mann richtig Rasjanski heißt.

Dresden. Eigenartiges Spiel des Zufalls. Dieser Tage entließ der Untersuchungsgefängnis Hans Räte aus dem Gefängnis seiner Mutter, wofür er gefürchtet worden war und konnte nicht wieder erkräftet werden. Am Sonntagabend begab sich der Justizoberwachmeister Steglich zwecks Einkaufs in das Wirtshaus von Friebe. Steigliche Straße und traf dort den inoffiziellen beim Ausprobieren einer Saxophonplatte an. Man verhandelte die Platte, die Räte fehnahm. Er betritt zurück energisch, der Gesuchte zu sein und führte falsche Papiere bei sich. Räte wurde der Gefangenenanwalt wieder zugeführt.

Dresden. Grünes Gemälde. Das Grüne Gemälde ist wegen Kontaminations in der Zeit vom 8. bis 23. Dezember für die Verhaftung geschlossen.

Wittenberg. Die hiesige Sächsisch-Schmied. Am Sonntag fand hier die Bezirksverbandversammlung des Schmiedevereins für die Sächsisch-Schmied statt. Der Vorsitzende, Kreisverwalter Prof. Dr. Lamm-Dresden, begrüßte die Versammlung mit erhellenden Worten des Ehrenmitglieds und früheren Vorsitzenden Prof. Meißner, der 60 Jahre alt geworden ist. — Der Reinertrag aus den vom Verein unterhaltenen Bootstapeln auf der Oberen Schlenke soll ausschließlich zu Wohltätigkeitszwecken Verwendung finden. — Oberkassierarchivar Dr. Brabant berichtete über die Mitteilung des Schmiedevereins, die sich in erfreulicher Weise befindet. — Handelslehrer Emmerich-Schmidt machte ausführliche Mitteilungen über die im November in Teicheln abgehaltene Zusammenkunft der sächsischen und nordböhmischen Schmiedevereine. Gemeinam mit der Bergamt Sachsen und dem Verein für Maßnahme soll im Januar 1931 eine Weltkongress veranstaltet werden, deren Ertrag, soweit er dem Schmiedeverein zufließt, für gemeinnützige Zwecke verwendet werden soll.

Dörflich. Verhafteter Kassenräuber. Zu dem freiden Kassenraub in der Gastwirtschaft von Stange ist noch zu berichten, daß der Täter bereits am Montag in Chemnitz in der Person eines Schloßers aus Bautzen festgenommen werden konnte. Er hat bereits noch zwei weitere Kassenräubereien in derselben Gastwirtschaft in Dörflich und in einem Geschäft in Panitzsch begangen.

Leipzig. Ein Kind entführt. Der Kaufmann Erich Wittmann in Dörflich, früher in Spangenberg wohnhaft, ist beschuldigt, im August 1929 sein am 11. August 1928 unehelich geborenes Kind dem Vormund entzogen zu haben. Er will den letzten Aufenthalt des Kindes nicht kennen und behauptet, in der Zeit von Ende November 1928 bis Anfang 1929 auf Interates, in denen nach Kindern zur Adoption gesucht wurde, geschrieben zu haben. Darauf habe sich ein Mann gemeldet, der ein Kind adoptieren wollte. Dieser habe zur Bedingung gemacht, daß Wittmann werden seinen Namen nennt, nach seine Anschrift erfahre. Vereinbarungsgemäß will er am 23. 8. 29 das Kind in einem Kraftwagen nach einer bestimmten Stelle zwischen Spangenberg und Schnellrode gebracht haben. Die Adoptiveltern seien ebenfalls im Auto angekommen und mit dem Kind davon gefahren. Der Mann habe leicht wechselläufigen Dialekt gesprochen und durchblicken lassen, daß er Beziehungen zu Standesbeamten habe. Es liegt der Verdacht nahe, daß die Adoptiveltern in den öffentlichen Registern irgendwelche falschen Buchungen bewirkt haben, da Wittmann keinerlei Papiere (Geburtschein, Taufurkunde usw.) besaß. Sachdienliche Mitteilungen, die zur Ermittlung des Aufenthalts des Kindes oder der Adoptiveltern führen können, werden an das Kriminalamt Leipzig oder an die nächste Polizeidienststelle oder an den Untersuchungsrichter beim Amtsgericht Dresden erbeten.

Leipzig. Wieder zwei Geschäftssonntage vor Weihnachten. Die vom Leipziger Verband des Einzelhandels mitgeteilt wird, werden die Geschäfte in Leipzig wie auch im vergangenen Jahr an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, also am 14. und 21. Dezember, geschlossen.

Leipzig. Ein fünfjähriger erhängt aufgehoben. Ein Keller eines Geschäftsrundstücks in der Hospitalstraße wurde am Dienstag nachmittag der 15 Jahre alte Wirtshausbesitzer Werner E. erhängt aufgehoben. Wiederholungsversuche mit dem Wirtshaus blieben ohne Erfolg. Der Rest konnte nur dem Tod fektieren.

Leipzig. Ein Kraftfahrer tot aufgehoben. Am Dienstagmorgen gegen 7 Uhr wurde am Eingang vom Eitzinger Park am Bahndamm die Leiche eines ungefähr 60 Jahre alten Kraftfahrers aufgehoben. Querschnitt wurde die Kommission alarmiert, doch ist der Mann wahrscheinlich von einem Schlaganfall betroffen worden. Die Leiche wurde der Anatomie zugeführt. — Am Dienstagnachmittag sind in der Weststraße zwei Kraftwagen zusammengestoßen; beide Wagen wurden auf den Bürgersteig geschleudert, wobei ein Schulmädchen ein Bein abgerissen wurde; ein weiterer Passant erlitt einen Armbruch. Die Führer der Kraftwagen blieben unverletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Chemnitz. Zum Straßenbahnverkehr. Im Laufe des Teilzeits der Straßenbahn kam es bekanntlich verschiedentlich zu Zwischenfällen. Es sind 24 Personen verletzt worden, die im Verdacht stehen, an den Unfällen beteiligt zu sein. Das Polizeipräsidium hat wegen der Unfälle Befehle erlassen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bilden und deren Wiederholung nicht ausgeschlossen erscheint, ein Verbot von Ansammlungen unter freiem Himmel, sowie auch von Umzügen und irgend welchen Ansammlungen für den Stadtbezirk auf Grund von Art. 128 der Reichsverfassung mit sofortiger Wirkung erlassen. — Zum Verbot der Straßenbahnverkehr wird von der Städtischen Nachrichtenstelle heute folgendes mitgeteilt: Der Straßenbahnverkehr wird heute im Laufe des Tages, soweit möglich, in einem gegen gestern verhärteten Maße durchgeführt werden. Voraussetzungen sind, es, um Gewalt- und Selbstmord zu vermeiden, heute wieder gegen 8 Uhr abends eingestellt

werden. Heute mittag finden vom Kartame Verhandlungen mit den Gewerkschaften statt. Wie verhältnismäßig gering die Streikbewegung ist, geht aus der Tatsache hervor, daß heute früh von einer Belegschaft von 1900 Mann nur 300 Mann nicht den Dienst antraten.

Chemnitz. Todesfall. Montag starb hier nach längerem Leiden der Stadtrat Kommerzienrat Richard Schreier im 70. Lebensjahre. Er war lange Jahre Depernent für die städtische Speiseanstalt mit Verordnungs- und gehörte dem Aufsichtsrat der Schubert u. Salzer A. G. an.

Chemnitz. Benzinerplosion. Im 4. Obergeschoß eines Hauses an der Kurfürstenstraße wurde Montag abend durch eine Benzinerplosion die ganze Wohnungseinrichtung nebst Dachstuhl in Brand gesetzt. Bei den Hinarbeiten erlitten zwei Personen Brandwunden; eine Frau wurde ins Krankenhaus geschafft.

Burgstädt. Bürgermeisterneuwahl. Die Amtszeit des Bürgermeisters Dr. Müller, dem von den Stadtverordneten befristlich wegen Kreditüberreitungen das Vertrauen entzogen worden war, läuft Mitte Dezember ab. Für den freiwerdenden Posten haben sich bereits 88 Bewerber gemeldet. Die Stadtverordneten betrauten einen fünfstelligen Ausschuss mit der Vorbereitung der erforderlichen Neuwahl eines Bürgermeisters.

Genia. Der Tod in der Sandgrube. Auf dem Wege nach Chursdorf führte nach dem Gutsherrn Richard Vogel aus Chursdorf beim Vergehen eines Seitenweges in die Sandgrube des Gutbesizers Vetter. Am andern Morgen fand man Vogel, der etwa 4 Meter tief abgestürzt war, mit einem Wirbelsäulenbruch tot auf.

Zwickau. Der Vermögensgründer Kommunistenprozeß. Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht begann am Montag der sogenannte Vermögensgründer Kommunistenprozeß, für den eine Verhandlungsdauer von etwa 18 Tagen in Aussicht genommen ist. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge in Vermögensgründer am 28. September, wobei der von Kommunisten überfallenen Nationalsozialisten Schwere verletzt worden waren. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Dr. Den 34 Angeklagten steht Rechtsanwalt Dr. Lewin als Verteidiger zur Seite. Es sind mehr als 300 Zeugen geladen.

Zwickau. Ein Rangiermeister tödlich verunglückt. Gestern vormittag wurde auf einem Abweiggleis nach dem Zwickauer Werkstättenbahnhof der Rangiermeister Kurt Ludner aus Zwickau-Moritzburg von einem Ausbesserwagen überfahren. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er kurz darauf starb.

Görlitz. Kampf mit einem Einbrecher. In der Nacht zum Dienstag bemerkte der Gastwirt Kehlisch, Inhaber des Cafés „Nerfur“, in seinem Schlafzimmer einen Einbrecher. Zwischen Kehlisch und dem Einbrecher entspann sich ein heftiges Ringen, in dessen Verlauf letzterer erhebliche Verletzungen im Gesicht davontrug. Der Einbrecher bedrohte den Gastwirt schließlich mit einer Pistole und ergriff durch das Fenster über mehrere Hausbächer die Flucht. Er konnte, obwohl von der rasch alarmierten Polizei sofort keine Verfolgung aufgenommen wurde, nicht ergriffen werden. Es stellte sich heraus, daß er, der er in das Schlafzimmer Kehlisch eingedrungen war, im Gastzimmer die Kasse ihres Inhalts in Höhe von etwa 28 Mk. geraubt hatte. Man nimmt an, daß der Täter zu einer weitverzweigten Einbrecherbande gehört, deren Hauptbetätigungsort Nieder- und Oberlausitz ist.

Dörflich. Kampf mit einem Einbrecher. In der Nacht zum Dienstag bemerkte der Gastwirt Kehlisch, Inhaber des Cafés „Nerfur“, in seinem Schlafzimmer einen Einbrecher. Zwischen Kehlisch und dem Einbrecher entspann sich ein heftiges Ringen, in dessen Verlauf letzterer erhebliche Verletzungen im Gesicht davontrug. Der Einbrecher bedrohte den Gastwirt schließlich mit einer Pistole und ergriff durch das Fenster über mehrere Hausbächer die Flucht. Er konnte, obwohl von der rasch alarmierten Polizei sofort keine Verfolgung aufgenommen wurde, nicht ergriffen werden. Es stellte sich heraus, daß er, der er in das Schlafzimmer Kehlisch eingedrungen war, im Gastzimmer die Kasse ihres Inhalts in Höhe von etwa 28 Mk. geraubt hatte. Man nimmt an, daß der Täter zu einer weitverzweigten Einbrecherbande gehört, deren Hauptbetätigungsort Nieder- und Oberlausitz ist.

Dörflich. Kampf mit einem Einbrecher. In der Nacht zum Dienstag bemerkte der Gastwirt Kehlisch, Inhaber des Cafés „Nerfur“, in seinem Schlafzimmer einen Einbrecher. Zwischen Kehlisch und dem Einbrecher entspann sich ein heftiges Ringen, in dessen Verlauf letzterer erhebliche Verletzungen im Gesicht davontrug. Der Einbrecher bedrohte den Gastwirt schließlich mit einer Pistole und ergriff durch das Fenster über mehrere Hausbächer die Flucht. Er konnte, obwohl von der rasch alarmierten Polizei sofort keine Verfolgung aufgenommen wurde, nicht ergriffen werden. Es stellte sich heraus, daß er, der er in das Schlafzimmer Kehlisch eingedrungen war, im Gastzimmer die Kasse ihres Inhalts in Höhe von etwa 28 Mk. geraubt hatte. Man nimmt an, daß der Täter zu einer weitverzweigten Einbrecherbande gehört, deren Hauptbetätigungsort Nieder- und Oberlausitz ist.

Karlshad. Graufiger Fund. Eine Lumpensammlerin, die bei Falkenberg einen Reichtum durchsuchte, ließ dabei auf die furchtbar verwesene Leiche eines Kindes. Die Untersuchung ergab, daß es sich um ein vier Monate altes Mädchen handelt, das auf unbekannte Weise ermordet und im Reichtum verpackt wurde.

Umtliches.

Das gerichtliche Vergleichsverfahren, das zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Textilwarenhändlers Emil Reinhold Jung in Röderau, Gartenstraße 16, eröffnet worden ist, ist zugleich mit der Befristung des im Vergleichstermine vom 25. November 1930 angenommenen Vergleichs durch Beschluß vom 2. Dezember 1930 aufgehoben worden.

W 8/30, Amtsgericht Neißa, den 2. Dezember 1930

Fremdenmeldezettel

lose und in Blockform zum Durchschreiben, sowie Formulare zu Fremdenbüchern entsprechend den Vorschriften der am 1. Oktober 1930 in Kraft getretenen Landesmeldeordnung sind zu haben im

Rieser Tageblatt

Riesa, Goethestrasse 50.

zwungen, gegen ihre eigene Meinung zu handeln und die Verantwortung auf sich zu nehmen, eine Regierung am Leben zu erhalten und es ihr zu erlauben, ohne Parlament zu regieren, obgleich sie der Arbeiterklasse feindlich gegenübersteht.

Verteilerat des Reichstages.

Berlin. (Funkdruck.) Der Verteilerat des Reichstages beschäftigte sich heute Mittwoch mittag mit dem Arbeitsplan des Reichstages für die nächsten Tage. Es wurde beschlossen, mit der heute beginnenden ersten Sitzung des Haushaltsplanes für 1931 sowohl die alte als auch die neue Notverordnung, sowie die einachsenden Mißtrauensanträge zu verbinden. Es soll versucht werden, die Beratung über diesen Fragenkomplex bis zum Sonnabend zu Ende zu führen. In der nächsten Woche wird sich dann der Reichstag mit außerpolitischen und anderen Anträgen beschäftigen. Hierzu gehören auch die Anträge wegen der Hochwasser- und Bergwerkskatastrophen. Die heutige Sitzung des Reichstages, auf deren Tagesordnung also der Etat und die Notverordnungen stehen werden, beginnt mit einer Erklärung der Reichsregierung, die Reichsfinanzminister Dietrich abgeben wird. Wann der Reichskanzler selbst das Wort ergreift, steht noch nicht fest. Die Ausstrahlung wird morgen Donnerstag um 12 Uhr beginnen.

Der Verteilerat befaßte sich ferner mit den Vorschlägen seines Unterausschusses über die neue Plänenregelung für die Abgeordneten. Die Vorschläge des Unterausschusses, wonach die Pläne um 20 Prozent gesenkt werden, wurden gebilligt.

Schließlich wurde die Einsetzung zweier neuer Ausschüsse beschlossen, und zwar eines Ausschusses für Liquidations- und Vermögenssachen und eines Ausschusses zur Überwachung der Selbstversicherungen.

Trotz des frühen Wetters begannen die Aufsammlungen des Publikums vor dem Reichstagsgebäude schon in den frühen Vormittagsstunden. Das Publikum verhielt sich jedoch zunächst sehr ruhig, so daß die Polizei, die zum Schutze des Bauhofes heute wieder sehr zahlreich im Reichstagsgebäude aufgestellt war, vormittags nicht eingreifen brauchte. An der Kartenausgabe für die Tribünenplätze bildete sich die Schlange der auf die Eröffnung des Schalters Wartenden bereits im Morgengrauen. Aber im Laufe des Vormittags kam, hatte schon keine Aussicht mehr, eine Einlaßkarte zu bekommen.

Politische Tagesübersicht.

Rückungsfreiheit für Deutschland gefordert. Im Preussischen Landtag ist ein Antrag von der Deutschen Fraktion eingegangen, worin das Staatsministerium ersucht wird, die Reichsregierung dringend aufzufordern, den früheren Feindbündnissen unerschrocken die Mittelstaaten zu machen, daß Deutschland jetzt für sich die volle Rückungsfreiheit in Anspruch nimmt, nachdem die früheren Feindbündnisse eine allgemeine Abrüstung abgelehnt haben.

Die erste Sitzung des österreichischen Nationalrates. Am Dienstag nachmittag trat der neu gewählte Nationalrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Session, die offenbar von den Besuchern erwartet wurde, blieb aus. Nach der Vereidigung wurde die Wahl der Präsidenten auf Antrag eines Abgeordneten des Nationalen Wirtschaftsblocks auf die Donnerstagssitzung verschoben. Gleich nach Schluß der Sitzung wurden von der Galerie des Saales kleine Rosenbündel geworfen. Ein festgenommenen ist ein arbeitsloser Beamter, der seine Liebe zum Faschismus auch in seiner Kleidung durch einen Savoyenhemd im schwarzen Schilp befand.

Der christlich-sozialen Volksdienst zu den Notverordnungen. In dem Bericht der Reichstagsfraktion des christlich-sozialen Volksdienstes über ihre Sitzung am Dienstagabend heißt es u. a., wenn auch in der nunmehr abgeänderten Fassung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom Juli d. J. nicht alle Forderungen des christlich-sozialen Volksdienstes Berücksichtigung gefunden haben, so muß doch anerkannt werden, daß entsprechend dem bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck vertretenen Anträgen des Volksdienstes bei der Festlegung der Steuerhöhe der Bürgersteuer, bei der Gestaltung für Bestimmungen über die Krankenkassenbeiträge und in anderen Fällen Änderungen der ursprünglichen Notverordnung vorgenommen worden sind, welche vor allem der minderbemittelten Bevölkerung und den wirtschaftlich Schwachen zugute kamen. Die Reichstagsfraktion des christlich-sozialen Volksdienstes billigt deshalb die absehbende Haltung ihres Vertreters im Haushaltsausschuß gegenüber den Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung. — In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die Abgeordneten des christlich-sozialen Volksdienstes trotz verschiedener Bedenken auch die Aufhebung der neuen Notverordnung ablehnen werden.

Staatspartei erlangt Fraktionsstärke. Wie eine Berliner Korrespondenz den Berliner Blättern zufolge erfährt, hat der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Bauernpartei August Dillebrand den Reichstagspräsidenten Löbe ersucht, ihn unter Wahrung seiner weiteren Eigenschaft als Abgeordneter der Deutschen Bauernpartei zwecks Bildung einer kernstarken Fraktion der Deutschen Staatspartei hinzuzunehmen.

Der Kanzler spricht erst zu den Notverordnungen. Wie wir erfahren, wird in der heutigen Sitzung des Reichstages der Kanzler noch nicht das Wort nehmen. Zunächst wird vielmehr Reichsfinanzminister Dietrich seinen Etat einbringen. Erst wenn der Antrag kommt, die Ausstrahlung über die beiden Notverordnungen mit dem Etat zu verbinden, wird der Kanzler zu den großen Fragen Stellung nehmen, die mit den Verordnungen zusammenhängen. Die Reichsregierung hält an ihrer Absicht fest, die Abstimmung über die Notverordnungen und evtl. zu erwartenden Mißtrauensanträge bis Sonnabend durchzuführen. Ob das gelingt, wird natürlich sehr stark von der rein technischen Möglichkeit abhängen, wie weit die Ausstrahlung vor allzu großer Unerfahrenheit bewahrt werden kann.

Katholische Kundgebungen in Liverpool. Gestern Abend kam es in Liverpool zu zwei antikatholischen Kundgebungen. Der Erzbischof wurde daran gehindert, sich in ein Kloster zu begeben, dessen Fenster durch Steinwürfe eingeworfen wurden. Etwas später verhinderte die Menge den Transport von kirchlichen Mobilien, wobei ein Gemeindepriester mit Steinen beworfen wurde. Polizei griff zu.

Löbe und die vom Zentrum beanstandete Rede Reventlows. Reichstagspräsident Löbe hat der Zentrumsfraktion des Reichstages mitgeteilt, daß er die seinerzeit vom Zentrum beanstandete christliche Fassung der Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Graf Reventlow im Reichstag jetzt im Sinne der Forderungen des Zentrums richtigstellen lassen werde.

Die Haltung der Bayerischen Volkspartei zur Notverordnung. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nahm am Dienstag nachmittag einen Bericht ihres Vorsitzenden Abg. Reich über seine wiederholten Besprechungen mit dem Reichskanzler entgegen. Ueber die neue Notverordnung erklärten der Bayerische Reichstagsabgeordnete Min.-Direktor Dr. Hammer und Reichspostminister Dr. Schäffl ausführliche Berichte. In der sich anschließenden Debatte wurde die Notverordnung nach der

verfassungsmäßigen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Seite hin erörtert. Die Verhandlungen der Fraktion nahmen mehrere Stunden in Anspruch und werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Reiz auf den Reichshauptstadt. Der Magistrat der Stadt Berlin hat dem preussischen Staatsrat zur Haushaltsberatung zwei Denkschriften ausgeben lassen, die sich erneut gegen die Behandlung der Reichshauptstadt beim preussischen Finanzausgleich wenden und fordern, daß Berlin bereits im Reichsjahr 1931 gerechter behandelt werde. Im einzelnen verlangt Berlin die Befreiung oder wenigstens Milderung der hohen, relativen Garantie und einer kürzeren Berücksichtigung bei der Verteilung der Haussteuer.

Zu der Beschlagnahme des Eigentums in Marokko. Pariser Blätter melden, daß die marokkanische Regierung deutsches Eigentum in Marokko beschlagnahmt habe und am 17. November, soweit es bis dahin nicht einen der marokkanischen Regierung genehmigen Käufer gefunden habe, entschädigungslos enteignet werde. — Demgegenüber erklärt die Firma Gebrüder Mannesmann-Rheinfeld, um deren Interessen an Grundeigentum und Bergwerksgesellschaften in Marokko es sich in der Hauptsache handelt, daß eine Beschlagnahme des ehemaligen Besitzes der deutschen Firma von Seiten der französischen oder marokkanischen Regierung insofern nicht mehr geschehen könne, als sie bereits auf Grund des Artikel 144 des Versailler Vertrags vollzogen wurde. Allein der Artikel 5 des Zusatzabkommens zum Vonnaisien, der sich in Abschnitt 1 bis 4 ausschließlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, sehe die Möglichkeit einer Wiederbeteiligung der deutschen Firma unter gewissen Bedingungen vor. Im Laufe der Verhandlungen sei nun die deutsche Firma wieder offiziell in ihren alten Besitz gelangt, jedoch in Verbindung mit einem französischen Konsortium. Jene eine Vereinbarung von einer Regierung könne also nach Lage der Dinge gar nicht in Frage kommen. Es bestehe nur die Wahrscheinlichkeit, daß zu einem heute noch nicht zu bestimmenden Zeitpunkt sich das französische Konsortium zu einer Barauschüttung entschließen würde.

Schwierige Kabinettsbildung in Oesterreich

Wien, 3. Dezember.

Die Bemühungen um die Kabinettsbildung sind zunächst gescheitert. Der mit der Regierungsbildung betraute Landeshauptmann Dr. Ender hatte gestern Abend den Vertretern der Nationalen Wirtschaftsblöcke und des Landbundes drei Vorschläge unterbreitet. Die Vertreter der Nationalen Wirtschaftsblöcke und des Landbundes teilten darauf mit, daß sie bereit seien, den zweiten dieser Vorschläge mit einer Abänderung anzunehmen, nach der der Nationale Wirtschaftsblock die Vizelandeshauptmannschaft, das Leuzener und das Justizministerium übernehmen würden. Es sollen jedoch vom Restor des Innen- und dem Angelegenheiten des Sicherheitsdienstes losgelöst und dem Kanzler überwiesen werden. Der Landbund hätte das Innere, vermehrt um die Angelegenheiten des Sicherheitsdienstes, zu übernehmen. Diesen Vorschlag nahm Landeshauptmann Dr. Ender nicht an. Er erklärt, er werde dem Bundespräsidenten über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht erstatten.

Wien. (Funkdruck.) Wie die „Reichspost“ meldet, wird Dr. Ender seine Mission in die Hände des Bundespräsidenten zurücklegen. Wahrscheinlich wird der Präsident den Nationalrates, Dr. Gurtler, berufen werden, die neue Regierung zu bilden. Einige Blätter schreiben, daß es zur Bildung einer Beamtenregierung kommen werde.

Wien. (Funkdruck.) Nach einer Meldung der „Reichspost“ wird Dr. Seibel sich in den nächsten Tagen zur Erholung nach Meran in ein Sanatorium begeben.

Ministerpräsident Braun in Dresden

Dresden. Dienstagabend fand im Zirkus Sarrasani eine Kundgebung der SPD Groß-Dresden und des Reichsbanners statt, bei der der preussische Ministerpräsident Otto Braun die Hauptrolle spielte. Ausgehend von den Wahlergebnissen der Nationalsozialisten, die er als vorübergehend bezeichnete, wies er den Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokratie für die „Young-Staerverel“ verantwortlich sei. Die Sozialdemokratie habe seinerzeit den Krieg liquidieren müssen, um den Zusammenbruch des Reiches zu verhindern. Ob Deutschland den Young-Plan erfüllen könne, lasse sich heute noch nicht übersehen. Wenn das nicht möglich sei, werde der Young-Plan geändert werden müssen. Es handle sich bei der Erfüllung des Young-Plans um einen Versuch und darum, den guten Willen zu zeigen. Ein schroffes Nein, wie es die Nationalsozialisten forderten, würde Deutschland vollends in den Abgrund stürzen. — Zu innerpolitischen Fragen übergehend, erklärte Braun, daß eine Gehalts- und Lohnsenkung ohne eine entsprechende Preislenkung auf das deutsche Wirtschaftsleben verheerend wirken müsse. Sie würde zwar den Unternehmerprofit steigern, die Arbeitslosigkeit in Deutschland aber noch erhöhen. Der Redner wandte sich dann gegen die Kommunisten, die mit ihren Ideen in Rußland bereits Schiffbruch erlitten hätten, und gegen die Nationalsozialisten, die jetzt zum Generalangriff auf das republikanische Preußen ansetzten. Die deutsche Republik werde im kommenden Winter ihre schwerste Belastungsprobe zu bestehen haben. Der Ruf nach dem Diktator, dem starken Mann, sei unsinnig. Bei der heutigen Zerrissenheit in Deutschland seien die Maßnahmen der Reichsregierung als ein Versuch, aus dem Dilemma herauszukommen, trotz aller Bedenken im einzelnen anzuerkennen. Es sei wenigstens ein fester und entschlossener Wille vorhanden. Die Reichsregierung handle auf Grund verfassungsmäßiger Bestimmungen. Am 14. September habe das deutsche Volk den Kopf verloren gehabt. Wenn es und die Volksboten nicht bald wieder zur Vernunft kämen, würde es unermesslich sein, daß der Kampf zwischen Diktatur und Volk ausgefochten würde. — Als zu Beginn der Versammlung die Reichsbannerleute in den Zirkusraum marschierten, wurden von bisher unbekanntem Tätern mehrere Tränengasbomben geworfen, durch die eine vorübergehende Verwirrung entstand.

Reichsbanner

Überfällt das Heim der Nationalsozialisten.

Dresden. Von der Nationalsozialistischen Partei wird dem Telefon-Sachdienst mitgeteilt:

Im Anschluß an die Zirkusversammlung der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners, in der Ministerpräsident Braun sprach, überfiel eine Gruppe von etwa 200 Mann Reichsbanner das Parteihaus der Nationalsozialisten in der Ritterstraße. Die Polizei hatte keinerlei Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen getroffen, obwohl sie damit rechnen konnte, daß ein Ueberfall auf das in der Nähe des Zirkusgebäudes liegende Parteihaus geschehe. Sie hat weiterhin die Reichsbannerleute, die schon in das Lokal eingedrungen waren, nicht zurückgedrängt, sondern auf die

PK-Deute mit den Gummiknüppeln eingeschlagen. Aus der Besonnenheit der im Lokal anwesenden Nationalsozialisten ist es zu danken, daß es zu keinen Zusammenstoßen mit der Polizei gekommen ist. Zur Zeit hielten Polizei-Beamte Untersuchungen über die Schuldfrage an.

Es wird sich dann herausstellen, was an den Beschuldigungen, die die Nationalsozialistische Partei gegen die Polizei erhebt, zutreffend ist.

Die französischen Militärf Kredite mit großer Mehrheit bewilligt.

Paris. Die französische Kammer legte am Dienstag nachmittags die Beratung über den Creditausbau fort.

Abg. Minister Maginot hielt eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die französische Regierung unmittelbar nach dem Krieg die Creditkredite nicht erhöhen wollte. Heute habe das Meer jedoch sehr viel verbessert und dadurch auch neues Material nötig als damals. In seiner Eigenschaft als reines Verteidigungsinstrument müsse das Meer nach Möglichkeit motorisiert werden. Es sei die heilige Pflicht, das Meer mit Munition und Material zu versorgen, daß es im Ernstfall seinem Gegner nicht unterlegen sei.

Die französische Regierung sei Anhänger der Abrüstung, aber nur unter der Bedingung, daß die christlichen und friedliebenden Völker nicht die Raunen der anderen Staaten, auch der Sieger, für die Verbindung eines Krieges seien alle Vorkennungen auf, nicht nur die, die auf eine internationale Abrüstung hinausgingen, sondern auch die, die die friedliebenden Staaten vor einem blauen Streich schützten. Das Meer habe sicherlich durch die Einführung der einjährigen Dienstzeit an Wert etwas verloren. Die Regierung sei jedoch bemüht, durch eine bessere Organisation diese Schwäche wieder gut zu machen.

Als letzter Redner unterhielt der französische Luftfahrtminister die Notwendigkeit der Ergänzungskredite für die französische Luftfahrt.

Die Vorlage über die Militärf kredite wurde dann mit 433 gegen 159 Stimmen angenommen.

Das Ende einer häßlichen Legende.

Berlin. (Funkdruck.) Die Berliner Vertretung der Donnerwerke teilt mit: Von einem Teil der deutschen Presse wurde eine Nachricht des Daily Herald übernommen, wonach das britische Luftfahrtministerium dem R. F. H. J. der „Do X“ eine Rechnung in Höhe von 1100 Pfund (22000 Mark) vor dem Abflug nach Bordeaux überreicht hätte. Der Kommandant des „Do X“, Kapitän Christian, der erst jetzt hieran erfuhr, telegraphierte aus Vissalon, daß diese Preiszahlung frei erlunden sei. Das Donnerwerkflugzeug „Do X“ und seine Besatzung seien Erben der englischen Marinekation Calshot gewesen, wo sie in fabelhaftester Form in wahrstem Sinne des Wortes aufgenommen wurden.

Deutscher Minderheitenerfolg

Kopenhagen, 3. Dezember.

Im Dänischen Reichstag fand gestern die erste Beratung der Regierungsvorlage über das neue Schulgesetz für Nordfriesland statt. Gleichzeitig wurde der kürzlich von dem deutschen Abgeordneten Schmidt-Wodder eingebrachte Vorschlag beraten, der die Wünsche der deutschen Minderheit für die deutschen Schulen in Nordfriesland enthält. Sämtliche Redner erklärten, daß sie zu den beiden Vorschlägen zu Verhandlungen bereit seien. Der Unterrichtsminister erklärte, er sei bereit, über den Hauptwunsch der deutschen Minderheit auf Errichtung einer höheren Schule mit Abiturrecht in Verhandlungen einzutreten. Der Abgeordnete Schmidt-Wodder gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß ihm die Redner der anderen Parteien im Gegenlag zu früher Entgegenkommen bewiesen hätten, und sprach die Hoffnung aus, daß man zu einer Einigung gelangen möge. Beide Vorschläge wurden schließlich einem gemeinsamen Ausschuss überwiesen, in dem auch der deutsche Abgeordnete einen Sitz erhalten wird.

Die übliche Verkleppung

Genf, 3. Dezember.

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuß hat gestern zu dem Vorschlag des Graf Bernstorff, dem Völkerbundsrat als Datum für die allgemeine Abrüstungskonferenz den November 1931 zu empfehlen, Stellung genommen. Graf Bernstorff erwiderte mehreren Rednern, die das Zugeständnis einer „möglichst baldigen“ Einberufung der Konferenz zu machen bereit waren, mit dieser Formel würde die öffentliche Meinung sich nicht zufrieden geben, denn damit sei sie schon zu oft vertröstet worden. Im übrigen habe ja der Völkerbundsrat selbst schon im Jahre 1926 den Ausschuß aufgefordert, ihm Vorschläge über das Datum der Konferenz zu machen. Im Verlauf der Aussprache kam es wieder zu einem Zusammenstoß zwischen Graf Bernstorff und Lord Cecil, der, wie kürzlich, wieder den deutschen Delegierten persönlich angriff. Lord Cecil meinte in ziemlich gereiztem Ton, es sei nicht das erste Mal, daß Graf Bernstorff sich als Anwalt der öffentlichen Meinung aufspiele. Von einer Einwirkung der angeblichen öffentlichen Meinung auf die Haltung des deutschen Delegierten bei den Arbeiten des Ausschusses habe er aber nichts bemerkt. Graf Bernstorff erwiderte sehr ruhig, er verstehe, warum Lord Cecil sich so aufrege. Sein Hinweis auf die öffentliche Meinung sei nicht so unbedeutend, wie Lord Cecil offenbar glaube. Die meisten Regierungen würden für eine wirkliche Abrüstung bestimmt nichts tun, wenn die öffentliche Meinung sie nicht fordere. Der Ausschuß lehnte darauf gegen die Stimmen Deutschlands, Italiens, Rußlands und Bulgariens den deutschen Vorschlag ab und nahm einen Antrag Lord Ceccils an, der Völkerbundsrat möge auf seiner Januartagung das Datum der Konferenz festsetzen.

Strafantrag im Prozeß Samtens.

Königsberg. (Funkdruck.) Im Prozeß gegen Samtens wegen Verleumdung der Regierung und wegen Aufreizung zum Steuerfreibei beantragte der Staatsanwalt gegen Samtens wegen der Verleumdung je 2 Monate Gefängnis und wegen Aufreizung zum Steuerfreibei 6 Monate. Daraus ist eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe zu tilgen, ersatzweise 1 Tag Gefängnis für je 10 Mk.; ferner wird beantragt, dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Reichskanzler und dem Landwirtschaftsminister Steiger Publikationsbefugnis zuzusprechen.

Manne vom Tage in Bild und Wort.



Von links nach rechts:

Rücktritt des Dresdener Oberbürgermeisters.

Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Blüher, der vor kurzem den Vorsitz der volksparteilichen Landtagsfraktion niederlegte, hat sein Gesuch um Verleihung in den Ruhestand mit dem 31. März 1931 eingereicht.

Zum 1. Präsidenten des Reichslandbundes gewählt wurde der Landwirt und Bürgermeister Heinrich Lind aus Nieder-Flörsheim (Kreis Hanau), der 2. Vorsitzende des Kurhessischen Landbundes.

Adolph Hoffmann †.

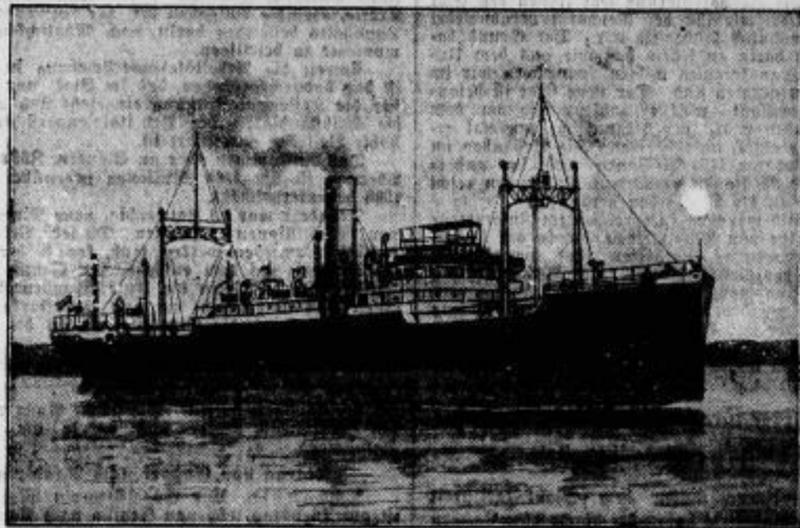
Der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Adolph Hoffmann — als „Jehn-Gebote-Hoffmann“ eine der populärsten Erscheinungen des politischen Deutschlands — ist in der Nacht zum 2. Dezember im Alter von 72 Jahren an den Folgen einer Grippe gestorben.

Zum Bundesvorsitzenden des Deutschen Ostmarkenvereins gewählt wurde Major a. D. Wagner.

Bild rechts

Brand auf einem deutschen Ueberseedampfer.

Auf dem Frachtdampfer „Ludwigshafen“, einem 6000-Tonnen-Schiff des Norddeutschen Lloyd, das sich mit einer Ladung Salpeter auf dem Wege von der Westküste Südamerikas nach der Heimat befand, brach beim Passieren des Golfes von Panama ein gefährlicher Brand aus. Nach mehrstündiger Arbeit konnte das Feuer gelöscht werden, so daß die „Ludwigshafen“ mit eigener Kraft den nächsten Hafen erreichen konnte.



Rundfunk-Programm.

Donnerstag.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 8.15: Frühkonzert. — 12.30: Die Diensttage für den Landwirt. — 14.00: Peter Hahnemann (Schallplattenkonzert). — 15.15: Unsere Gäste und wir. — 16.35: Jugendstunde: Die Entstehung des Autos. — 17.30: Kohle und Wasserstoff. — 17.55: Kurze Börsenbude: Tierbühnen. — 18.05: Chorgesänge: Regen- und Abendlieder (Städtischer Chorvereinigung). — 18.25: Themen-Diskussion über die Psychoanalyse. — 19.00: Soll man noch Romane schreiben? — 19.30: Von Königsberg: Orchesterkonzert. — 20.30: Wozu man spricht. — 21.10: „Berlin — letzte Ausgabe“, Hörspiel von Ernst Lohrer (Uraufführung). — 22.15: Letztanfrage usw. — Danach bis 0.30: Tanzmusik (Kapelle Desjos Béla). — Von Köln: Als Einlage: Die letzten 20 Minuten vom Kölner Festtagstermin.

Königsbrunnener Häuser.

6.25: Zeitanlage und Wetterbericht. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend: Frühkonzert. — 10.30: Mitteilungen des Verbandes der Preussischen Landgemeinden. — 10.40: Schulfunk: Die Pflanze im Kampf um Licht und Raum. — 10.55: Neueste Nachrichten. — 12.00: Kammermusik (Schallplattenkonzert). — Während einer Pause: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplattenkonzert. — 15.00: Jugendstunde: Erlebnisse in Ägypten. — 15.30: Wetter- und Hörerbericht. — 15.45: Frauenstunde: Berühmte Sängerinnen. — 16.00: Pädagogischer Funk: Schul- und Laienspiel. — 16.30: Neues oder gebundenes Szenenspiel in der Schule. — 16.30: Von Berlin: Nachmittagskonzert. — 17.30: Hausmusik (Arbeitsgemeinschaft). — 18.00: Neue Formen deutschen Zusammenstehens in Irland und Lettland. — 18.30: Hochschulfunk: Die Vera Hilom. — 19.00: Infans Römer (Zum 210. Geburtstag). — 19.30: Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Verlängerung der Schulzeit. — 19.55: Wetterbericht. — 20.00: Von Köln: Abendkonzert. — Anschließend: Berliner Programm.

Vermischtes.

Der Frauenmord in der Treschowstraße in Berlin. Die gestern vorgenommene Obduktion der Leiche der Konfektfabrikantin Anna Reschke, die, wie gemeldet, am Freitag in ihrer Wohnung in der Treschowstraße ermordet aufgefunden wurde, hat ergeben, daß der Tod durch Ertrinken eingetreten ist. Ein Sittlichkeitsverbrechen liegt nicht vor. Durch diese Feststellung wird der Mord noch rätselhafter, denn bekanntlich ist von den geringen Wahrscheinlichkeiten der Frau nichts gedeutet worden.

Häßlicher Selbstmord eines Textilers. Unter geheimnisvollen Umständen hat nach einer Meldung Berliner Blätter am Dienstagabend der Sohn des Reichsbahnrates Rosenfeld in Jehlendorf, der 14jährige Textilarbeiter Hans Rosenfeld, den Tod gefunden. Der Knabe, der seit

vergangenen Sonnabend vermißt wurde, brang am Dienstag in die Villa des Professors Lehrende in Jehlendorf ein. Beim Betreten ihrer Villa bemerkte die Frau des Professors auf der Treppe einen jungen Mann, der einen Revolver in der Hand hielt und der Frau „Hände hoch“ zurief. Unmittelbar darauf trachte ein Schuß, durch den aber niemand verletzt wurde. Die Frau eilte hülflos auf die Straße und kehrte dann nach kurzer Zeit mit Passanten zurück. Bei Durchsicherung der Villa fand man dann den Knaben in einem Erdgeschloßzimmer am Boden liegend auf. Er hatte sich einen Schuß in die Brust beigebracht, an dem er kurze Zeit später in der Rettungsstelle Oskar-Helene-Heim verstorben ist. Mit Veranlassung der Kriminalpolizei wurden die Eltern des Schülers in einem Auto nach dem Oskar-Helene-Heim geholt, wo sie zu ihrem Entsetzen in dem Toten ihren verschwundenen Sohn erkannten. Der Knabe soll besonders in der letzten Zeit große Vorliebe für abenteuerliche Romane und ähnliche Schriften gezeigt haben.

Selbstmordversuch einer sozialdemokratischen Abgeordneten. Die sozialdemokratische Berliner Stadtverordnete Frau Dr. Frankenthal, die Nachfolgerin des am Montag verstorbenen Abg. Adolf Hoffmann im preussischen Landtag hat, wie der Lokalanzeiger erfährt, einen Selbstmordversuch durch Einnehmen einer größeren Dosis Gift unternommen. Frau Dr. Frankenthal liegt an den Folgen schwer krank im Urban-Krankenhaus.

Schäferische Erbrechtliche gründen einen Verein. Die Erbrechtlichen des Schäferischen Wiltens-Nachlasses, der bereits mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt, haben in einer von 300 Personen besuchten Versammlung in Halle beschlossen, einen eingetragenen Verein der Schäferischen Erbrechtlichen zu gründen, um bei der holländischen Regierung vorstellig zu werden und die Angelegenheit zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Es kam zur Sprache, daß die holländische Regierung die Ansprüche der Erben befreite und der deutsche Generalkonful mitgeteilt haben soll, daß weitere Anfragen in dieser Sache nicht mehr beantwortet werden würden.

Zum bevorstehenden „Kleinen Bombenleger-Prozess“. In der am 8. Dezember beginnenden Session des Altonaer Schwurgerichts wird der sogenannte Kleine Bombenleger-Prozess verhandelt werden. Es handelt sich um die Tötung für die Bombenanschläge in Reimküllner und Bad Dübelsloe in der Nacht zum 15. März ds. Js. Angeklagt sind der Chemiker Dr. Hellmann-Hamburg, der Kaufmann v. Wilmowitz-Wollendorf-Hamburg, der Sattler Koch-Rahlstedt, der Kaufmann Hambro-Hamburg, der Handlungsgehilfe Ammermann-Hamburg und der Angestellte Krüger-Rahlstedt, die sämtlich der in Hamburg zur Zeit verbotenen Organisation Wehrwolf angehörten. Den Vorsitz der Verhandlung, die etwa eine Woche dauern dürfte, hat Landgerichtsrat Dr. Hildebrandt. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Dr. Junker und Staatsanwaltschaftsrat Kube. Die Verteidigung liegt bei H. A. Dr. Luettgen-Böttlingen und den Hamburger Anwälten Dr. Dröge und Dr. Engel. Es sind vorläufig 20 Zeugen geladen.

Auch eine Revision. Vor der Annahmestelle der Springler Kreispartei in Bälken a. d. Weister fuhr ein elegantes Auto vor, dem zwei vornehme Herren entstiegen. Sie begaben sich in die Kasse und erklärten der allein anwesenden Frau des Annahmestellen-Berwalters, daß sie der neue Kassierer und der neue Gegenbuchführer der Kreispartei seien und zu einer Revision gekommen wären. Der Einfachheit halber nahm man Kassenbestand und die vorhandenen Schecks mit. Als die Frau später ihrem Ehemann von der „Revision“ Kenntnis gab, erfuhr man von der Hauptkassierin, daß es sich um ein Schwindel-maßwerk handelte. Von den Tätern kehrt jede Spur.

Einer, der den Namen seiner Mutter wissen möchte. Die schwedische Regierung steht sich jetzt vor die schwierige Entscheidung gestellt, ob sie den Wunsch eines 53-jährigen schwedischen Bürgers, der den Namen seiner Mutter wissen möchte, erfüllen darf oder nicht. Im Jahre 1877 brachte eine unbekannte Dame in der schwedischen Pfarrgemeinde Birestad einen Knaben zur Welt und verließ nach kurzem Aufenthalt den Ort, während ihr Kind zurückblieb. Vor ihrer Abreise gab sie dem Geistlichen eines verlegten Brief mit der Anweisung, dieser dürfe von keinem anderen als dem Adoptivvater des Kindes geöffnet werden, und zwar erst, wenn das Kind mündig geworden sei. Der Adoptivvater verließ aber etwa 10 Jahre später Schweden, ging nach den Vereinigten Staaten und ist jetzt tot. Das Kind, das unterdessen heranwuchs, konnte über den Namen seiner Mutter nicht unterrichtet werden, da der Geistliche sich nicht für berechtigt hielt, den Brief selbst zu öffnen. Daber hat er sich jetzt an die Regierung gewandt. Die kirchlichen Behörden geben dem Geistlichen Recht, während einige Rechtsanwälte die Ansicht vertreten, daß man keinem Menschen das Recht verweigern könne, zu wissen, wer seine Mutter war. Der Gobe Ravoleon verbietet zwar die Nachforschung nach der Vaterschaft, aber kein Gesetz der Welt steht so etwas für die Mutterkraft vor. Es war zweifellos die Wicht der Mutter, ihrem Kinde Auskunft zu gewähren, und nach 53 Jahren müße dies endlich geschehen, indem die Regierung anstelle des Adoptivvaters trete.

Großfeuer in Rendsburg.

Rendsburg. (Funkpruch.) Im früheren Infanterie-Depot, das jetzt von verschiedenen Industriefirmen als Lagerraum benutzt wird, brach gestern abend Feuer aus, das sich schnell ausbreitete und das ganze 60 Meter lange zweistöckige Gebäude zerstörte. Der Schaden ist außerordentlich hoch. Da das Untergeschoss des Gebäudes als Großgarage verpachtet war, gerieten auch die dort untergestellten Kraftwagen in Gefahr. Ein Kraftwagen verbrannte, als Entstehungsbursche wird Vergaserbrand eines Kraftwagens vermutet. Die Berufsfeuerwehr der Stadt und die Wehren der benachbarten Industriewerke bewährten sich aufs Auserste um die Sicherung der angrenzenden schmergefahrten Häuser, die völlig geräumt werden mußten. Die gesamte Reichswehr in Rendsburg war zu Abwehrungsmaßnahmen kommandiert worden.

Weihnachten steht vor der Tür!



Wer Geschäfte machen will muss inserieren!

Deutscher Industrie- und Handelstag.

Am 28. November 1930 trat der **Deutsche Industrie- und Handelstag** unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Herrn Franz v. Mendelssohn, unter zahlreicher Beteiligung auch von Reichs- und Staatsbediensteten zusammen. Auf Grund von Berichten der Herren Dr. Brand, Breslau, Dr. Freytag und Dr. Gamm, Berlin, sowie nach Entgegennahme eines Vortrages des Leiters des Reichswirtschaftsministeriums, Herrn Staatssekretär Dr. Treubelberg, nahm der Ausschuss zu dem Finanzprogramm der Reichsregierung und zu der Frage der Preislenkung in der folgenden

Geschließung

1. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat den **Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung** bei seinem Erscheinen als einen Anfang der Maßnahmen begrüßt, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverzehrung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind. Er hält es für ein Gebot gewissenhafter Pflichterfüllung, daß der Reichstag sich dem Zwang zu solcher Tat nicht verschließt und an seinem Teil mitwirkt, die tiefe Depression der Wirtschaft zu überwinden und läge Krisen fernzuhalten, wie dies bei harter politischer Führung sicher erreicht werden kann. Unter allen Umständen ist es unerlässlich, daß die zur Erhaltung von Staat und Wirtschaft notwendigen Maßnahmen alsbald in Kraft gesetzt und so der deutschen Wirtschaft wie dem Ausland ein Beweis der Festigkeit des staatlichen Willens zur Ordnung im eigenen Lande gegeben wird. Das ist besonders notwendig auch im Zusammenhang mit den dringenden gewordenen Fragen der internationalen **Wirtschaftslenkung**, die sich immer mehr als Störung und Hemmnis einer rationellen Verteilung der Kapitalkräfte und der natürlichen Entwicklung der Weltwirtschaft erweist und zu einer neuen Ordnung drängt.

2. Mit der grundsätzlichen Billigung der Finanzreformabsichten der Reichsregierung ist keineswegs eine volle Zustimmung zu den Finanzgeheimnissen im einzelnen verbunden. So ist leider der Gehalt der Reallohnlenkung im Reichsrat in einer Weise abgeschwächt worden, die den programmatischen Zwecken, die gegenwärtige Lebenslage wirksam zu mindern, Produktion und Arbeitsbeschäftigung zu fördern und die Preislenkung zu unterstützen, klar widerspricht. Auch im Entwurf des Steuererleichterungsgesetzes, dessen eingehende Würdigung solange unumgänglich ist, als nicht die mit ihm innerlich zusammenhängenden Gesetzesentwürfe vorliegen, sind erhebliche Verbesserungen notwendig. Insbesondere ist Gleichmäßigkeit der Besteuerung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand und derjenigen der privaten Hand zu schaffen; die Mehrheiten dürfen nicht den Weg zu Steuererhöhungen geradezu erleichtern und müssen daher herabgesetzt werden; Land und Gemeinde müssen gesetzlich angehalten werden, die zu ihrer Verfügung stehenden Steuerarten in einem wirtschaftlich angemessenen Verhältnis zusammen auszunutzen; endlich ist es notwendig, Ueberlastungen durch geeignete staatsaufsichtliche Genehmigungspflicht zu beseitigen und den wirtschaftlichen Berufsvertretungen die Anordnung bei Reallohnbeschlüssen zum Zwecke besserer Verständigung zwischen Gemeinden und Wirtschaft zu sichern.

3. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hält mit der Reichsregierung eine weitere Anpassung der deutschen **Warenpreise** auf allen Stufen der Gütererzeugung und -verteilung an die veränderte Lage auf den Weltmärkten für ein dringendes Gebot der Selbsterhaltung der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und besonders ihrer Behauptung im internationalen Wettbewerb. Zu einem großen Teil hat sich bereits ein harter Preisabbau vollzogen, nicht ohne sehr erhebliche privatwirtschaftliche Schädigungen und Vermögensentwertungen. Indes ist dieser der kapitalistischen Wirtschaft eigene Vorgang zur Zeit durch die Kapital schwäche der Unternehmungen, wie namentlich durch eine weitreichende größtenteils durch Maßnahmen der öffentlichen Hand bedingte Erstarbung wichtiger Rohstoffe erschwert. Es ist daher vor allem die Senkung der öffentlichen Lasten, die Ermöglichung von Kapitalbildung und eine beweglichere Anpassung der Löhne an die Konjunkturlage erforderlich. Wo Preisvereinbarungen einer wirtschaftlich möglichen Preislenkung entgegenstehen, müssen die beteiligten Kreise sich freiwilrig zu einer Anpassung entschließen, um das Kartellwesen in seinen gelunden Wirkungen zu erhalten.

Die deutschen Industrie- und Handelskammern begrüßen jedes wirtschaftliche verständliche Bemühen um Aufklärung der Preiszusammenhänge und Preislenkung. Sie müssen aber vor einer schlagwortmäßigen Herwirrung der öffentlichen Meinung und vor unüberlegten Einzelmaßnahmen warnen. Insbesondere geht es, auch nach den Ergebnissen des Enquete-Kommissses, nicht an, von allgemeinen Ueberlegungen der Preislenkung zu sprechen, zumal es im freien Großhandel wie im kaufmännischen Einzelhandel durchweg an den Voraussetzungen vereinbarter Preislenkungen fehlt.

Die Preisabbauaktion hat vielfach zu einer härteren Zurückhaltung der Käufer geführt, als sie aus der Minderung der Einkommen zu erklären ist. Eine weitere Zurückhaltung würde den Anteil der festen Kosten am Verkaufspreis erhöhen und somit die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Preisabbaues mindern; sie würde Rückgang der Aufträge, zunehmende Arbeitslosigkeit und damit weitergehende Schäden zur Folge haben.

Am. zur gefälligen Kenntnis.
Der Hauptauschuss schickte ferner Entschließungen zu Fragen **„Eisenbahn und Kraftwagen“** auf Vortrag von Herrn Oberbürgermeister Professor Dr. Mosk, sowie zu den Fragen der Senkung der Eisenbahntarife und der Posttarife auf Grund von Bericht der Herren Kommerzienrat Michaelis, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Berlin, und Professor Salomon, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. und Mitglied des Verwaltungsrates der Reichspost. Diese Entschließungen werden morgen den Herren Vertretern der Presse in einer Pressebesprechung um 11 Uhr übergeben und gleichseitig verhandelt werden.

Aufmarsch der Staffel Nordwest-Sachsen des „Wehrwolf“ in Döbeln.

Flammender Protest gegen die Nordhölze im Gebiet des deutschen Grenzlandbaus. — Das Verhältnis zu den Nationalsozialisten.

1. Döbeln. Am Sonnabend fuhr ein zahlreicher Lastwagen, teils zu Kolonnen vereint, Hunderte von Wehrwölfen aus den Ortsgruppen Nordwestsachsen zu den deutschen Abenden in Peitzna, Jettitz bei Hochtitz und Köhmen, mit denen der Staffelmarsch in Döbeln eingeleitet wurde. Die Wehrwolfkapellen der Bezirke Lobkühli, Grimma und Klingenthal i. Vogt. schufen in den auch von Fernliebenden gut besuchten Veranstaltungen den musikalischen Rahmen durch Vortrag alter deutscher Reigen- und Volkslieder. Im Mittelpunkt der Abende stand jeweils eine markige Ansprache eines Wehrwolfleiters, Major a. D. Eißam aus Limbach legte den vielen hundert Zuhörern in Peitzna die ethische Grundlage der Wehrwolfidee dar, deren heiligste Forderung Männerwürde heiße, die allein im wahrhaften und wehrhaften Manne verkörpert sei. Barmherzigkeit und Liebe seien die ergänzenden Tugenden der echten deutschen Frau. Opferbereitschaft und Einsatzfreudigkeit für Volk und Vaterland seien keine Spekulationswaren, sondern organische Gebilde, deren Entwicklungspfade nicht mechanisiert werden könne. Mit Recht löse sich daher der Bauernstand heute aus dem Volksganzen heraus und stelle sich gegen den Staat im Zeichen der schwarzen Fahne, die seine Not verfinstere. Die völkische Kraftquellen Blut und Boden, die die Idee des Wehrwolfs geboren hätten, fanden sich wieder in diesem revolutionären Bauerntum, wie es sich in Ostpreußen und Schleswig-Holstein in seiner Ursprünglichkeit offenbart habe. Der Wehrwolf marschiere mit seinem Bauernwolf im gleichen Schritt und Tritt.

Am Sonntagvormittag fand in Döbeln eine Arbeitssitzung der sächsischen Wehrwolfleiter, vereint mit Vertretern der ideenverwandten sächsischen Organisationen des Deutschen Turnerbundes und des Bundes Reichsflange, statt. Sie führte auf den Gebieten Wehrsport und Wehrtunnen, Politisches und völkische Gewerkschaften zu grundsätzlichen Beschlüssen, die in den beiden Neben der Rundgebung am Mittag ihren Niederschlag fanden.

Zu gleicher Zeit tagten die Vertreterinnen der sächsischen Wehrwolf-Frauentruppen. Inzwischen waren unter Vorantritt der drei Wehrwolfkapellen die Marschgruppen aus ihren Quartierorten nach Döbeln marschiert und nahmen auf dem Niedermarkt Aufstellung.

Mit Fanfarenmärschen wurde um 12 Uhr die öffentliche Rundgebung, zu der sich eine dichtgedrängte Zuhörerschaft aus allen Bevölkerungskreisen eingeladen hatte, eröffnet. Eine schlichte Gefallenenehrung schloß sich an, die der Döbelner Gauführer, Hauptmann a. D. Petzsch, geleitet mit seinem Willkommensmarsch verband. Als erster Redner machte der Leipziger Gauführer des Deutschen Turnerbundes, Telegrapheninspektor Schröder aus Leipzig, in begeisterter Ansprache die Verarmten unter Lateinsach im Kampfe für die völkische Idee. Zu heller Empörung müsse es jeden Deutschen reizen, wenn er jetzt von den Deutschen in der Tschekoslowakei und dem Deutschen in Polen höre. Die völkischen Verbände seien machtsame Hüter des deutschen Volkstums. Sie werden nimmer die Brüder und Schwestern in den gewaltsam losgelassenen deutschen Schutzgebieten vergessen, sondern ihren Kampf zu dem eigenen machen.

Der Landesführer des Sächsischen Wehrwolf, Oberleutnant a. D. Schickelanz aus Leipzig, wandte sich in harten Worten gegen die Volksverführer, die vor allem im Sonnentum des Marxismus eine willige Helferschaft gefunden hätten. Kampf gegen die Vertreter dieser Weltanschauungs-Ideologie, die den Menschen zur Maschine, die Arbeit zur Ware gekemelt habe. Kampf gegen die völkischen Klassenkämpfer, die nur durch Verbeugung den deutschen Arbeiter in die Gefolgschaft der pazifistischen Front geführt hätten. Kampf sei die Lösung des Wehrwolf, daher fordere der Wehrwolf die Erziehung der deutschen Jugend zu Wehrwillen und Wehrhaftigkeit. Weg mit dem Schandfriedensvertrag, dem Sklavenpakt von Versailles. Wir Wehrwölfe fordern die Aufrückung, wir fordern Soldaten. Im Staatspolitischen sehe sich der Wehrwolf ein mit dem Streben der NSDAP, er erblicke in ihr die Vertreterin auch seines politischen Willens und bestreite sie daher als den in völkischer Blutbrüderlichkeit

Täglich

studiert man den Inseratenteil des Riesaer Tageblattes Was schenke ich zum Feste? Was wünsche ich mir?

Guten Erfolg

muß jetzt ein Inserat im Riesaer Tageblatt bringen

Drum Inseriere!

Schwedisches Schiff in Seenot.

Hongkong. (Wienbr.) Das schwedische Motorschiff „Ordbia“ ist zwischen der chinesischen Rüste und den Philippinen auf ein Riff gesunken. Auf seine Küste ist ein britischer Torpedobootzerstörer nach der Unfallstelle abgegangen. Das Motorschiff soll verloren sein und seine 14 Mann starke Besatzung in großer Gefahr schweben.

Ein Wintertraum.

Copyright by Bräckenberg-Verlag, Zwettau i. Sa.
Roman aus Oberhof von Anny Wotho.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie hatten wohl nicht übel Lust, Herr Junz, uns alle ins Jenseits zu befördern?“ fragte mit hellem Lachen der Prinz, indem er die mit weißen Wollhandschuhen bekleideten Hände gegeneinander schlug.

„Vielleicht.“ lächelte der Pfleger spöttisch zurück. „Ich habe jedoch schon mehr als einmal darauf aufmerksam gemacht, daß es gefährlich ist, sich mir anzuvertrauen. Oft habe ich eine unüberwindliche Angst, zu erproben, ob ich Herr des Todes bin.“

„Über des Lebens.“ antwortete eine tiefe Frauenstimme, und Junz sah gerade in die blau schimmernden Augen mit den grünen Wimpern der Gräfin Angelid Rottke. „Es ist oft so viel Rotterrie dabei, wenn Männer mit ihrem Leben spielen, das vielleicht noch vielen nützen könnte, zumal noch gar nicht verbrüht ist, daß in der Stunde des Todes nicht selbst der Stärkste zittert.“ sagte sie langsam.

„Sie haben wohl noch nie dem Tode ins Anfsitz geschaut?“ fragte er schnell, halb die langen, dunklen Wimpern über die schärfer, grauen Augen legend.

„Doch, schon oft — soeben erst. Oder wollen Sie leugnen, daß wir kaum vor Minuten, dank Ihrer Gütlichkeit, dem sicheren Tode entronnen sind?“

„Sagen Sie lieber, daß ich alle, dank meiner Ungeschicklichkeit, ohne jede Veranlassung in eine große Gefahr gebracht habe. Ich dachte an andere Dinge, die für einen Robelstener vom Uebel sind. Ich bitte nachträglich um Absolution, Gräfin.“

„Wer sagt Ihnen denn, daß ich mein Leben so kostbar einbilde und Ihnen noch danken muß, weil Sie mich sicher zu Tal geführt?“

„Ich nehme das ohne weiteres an, Gräfin. Jung, schön, Frau. Alle Lebensbedingungen für Lebensglück und Freude sind Ihnen ja gegeben.“

Er sah, wie sich die feinen, roten Lippen fest zusammenpreßten, wie in das blass, klare, durchsichtige Gesicht eine leise Rote stieg und die schwarzen Augen sich zwischen den Brauen starrer zusammenhoben, aber Graf Leo von der Decken, der Verbote des schönen Mädchens, der eiligst hinzutrat, unterbrach die Unterhaltung, indem er sagte:

„Über liebste Angelid, wollen wir denn hier anhalten?“

„Sind die Schlitten da?“ fragte die Stimme des Prinzen dazwischen.

„Befehl, Hoheit.“ meldete ein Diener mit fester Beredung.

„Ich mache den Vorschlag, Hoheit.“ nahm Graf von der Decken das Wort, „wir hängen die Schlitten an und gehen zu Fuß bis an die obere Schweizerhütte, um mal erst wenig warm zu werden und uns zu stärken.“

„Ihr Schlemmer.“ rief eine jugendliche Stimme dazwischen, und ein reizender, blonder Mädchenkopf mit weißer Heinele-männchenkappe, die zierliche Gestalt in kurzem, weißem Rock und rotem Pullover, lagte durch die Lannen.

„Ach, Kerlchen.“ riefen alle vergnügt. „wo haben Sie denn gesteckt?“

„Ja, Kerlchen ist auch hier.“ rief die junge Stimme vergnügt, einen Nodenschlitten hinter sich an der Seile, in den Kreis tretend. „Kerlchen war heute besonders brav. Nicht einmal ist es bei den Kurven mit mir in den Schnee gerannt.“

„Na, ich werde das Bürschchen schon kriegen.“

Der blonde Boffen war wie elektrisiert zu Ursula von Dörken getreten. Ohne Umstände nahm er ihr den Robelstschlitten aus der Hand und lagte blinzelnd:

„Wir hängen jetzt „Kerlchen“ an, und Sie kommen mit Kaffee trinken, bitte, gnädiges Fräulein.“

Einen Augenblick blinzelte die großen Blauaugen wie glückselig auf, dann aber nahm Ursula ohne weiteres die Seile ihres Robelstschlittens wieder zur Hand und entgegnete:

„Danke ergebenst, faule Bande. Das wäre was, den ganzen Tag den Pferdehüllen auf der Bahn, um immer wieder anzuhängen und bequem im Schlitten hinaufzufahren, anstatt im Schweiß unseres Angesichts bergan zu steigen. Nein, meine Herrschaften, das Höchste, was ich mir leiste, ist der elektrische Aufzug, für mich und „Kerlchen“ sechzig Pfennig. Ein Heidengeiz bei den schmachvollen Finanzen eines armen Regierungsrates, wie es mein Vater ist.“

Alle lachten.

„Sel doch kein Spielverberber, Ursula.“ rief Niels Boffen, „und komm mit. Wenn du zu stolz bist, für unser Geld im Schlitten zu fahren, so kannst du ja „Kerlchen“ anhängen und dich daraufsetzen. Dann ist dein gartes Gewissen gewiß beruhigt.“

„Gnädiges Fräulein, haben Sie die Einsamkeit.“ wandte sich Baron Torres, kein Glas weiter ins Auge klommend, an Ursula von Dörken, welche die weiße Heinele-männchenkappe jetzt tiefer ins Gesicht zog, um ihr Lachen zu verbergen. „Wenn

gnädiges Fräulein gestatten — so möchte ich auch lieber rodeln als Bob fahren — gnädiges Fräulein haben doch einen Zweifler. Vielleicht nehmen Sie mich auf „Kerlchen“ mit? Das ist —“

„Sicherer.“ ergänzte Ursula. „Nein, lieber Baron. Wädeln Sie sich man Ihren großen Schal recht fest um den Hals, und ziehen Sie Ihre Sportmütze recht tief über die Ohren, dann haben Sie ja bald alles, was Sie zum Bobfahren brauchen, wenn Sie eine Mannschaft geschäftig mitnimmt. Mein „Kerlchen“ aber will mehr als einen so großartigen Sportanflug, wie Sie ihn tragen, er will einen ganzen Kerl.“

„Ob sich die Krabbe wohl über mich lustig macht?“ fragte er einen von der Mannschaft der „Hege“.

Alle lachten. Hans Ulrich Boffen aber preßte heftig Ursulas Hand und stürzte ihr zu:

„Hätten Sie ihn wirklich auf Ihrem Robelstschlitten mitgenommen, so wäre unsere Freundschaft aus, mein gnädiges Fräulein. Jetzt aber kommen Sie, bis zum Aufzug gehen wir ja doch zusammen.“

Ursula sah etwas verduht in das Gesicht des blonden Hünen, das ganz hochrot vor Zorn leuchtete. Er hatte sich wieder ihres Robelstschlittens bemächtigt. Da sie aber „Kerlchen“ nicht hergeben wollte, zogen sie jetzt einträchtig den Schlitten zusammen.

Die Bobs waren an die Pferdehüllen gelegt, und langsam zog die kleine Gesellschaft durch den sonnenflimmernden, weißen Wald aufwärts.

„Seit wann sind wir denn so diese Freunde, Herr von Boffen.“ fragte Ursula jetzt etwas scheu von der Seite, „daß Sie mir die Freundschaft kündigen wollen?“

Der große, blonde Junge — er mochte vielleicht fünfundzwanzig Jahre zählen — sah das irische Wädel mit den leuchtenden Blauaugen strahlend an.

„Immer sind wir Freunde gewesen, Ursula, immer!“

„Reben Sie sich bloß nichts ein. Freundschaft! Ruh, wie das klingt! Ich danke für eine Freundschaft, bei der man noch nicht einmal ohne Erlaubnis des Freundes rodeln darf. Nein, mein lieber Herr von Boffen, ich bin für Freiheit, Gleichheit und Selbständigkeit. Ich rodelte jetzt zurück, und ich werde mal sehen, ob ich den Unglückswurm von Baron nicht da unten irgendwo auflese. Ich weite, er traut sich nicht wieder auf den Bob, und da er seinen Schlitten hat, sitzt er am Ende unten fest, da er doch nicht mit uns heraufgekommen ist.“

„Ursula, Sie könnten im Ernst? Sie werden doch nicht etwa um diesen — diesen Menschen zurückfragen?“

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

verbundenen Bogenzügen. Er wird der Soldat in der völkischen Kameradschaft sein, als der er jede parteipolitische, parlamentarische Gebundenheit ablehnt. Er habe nur den Dienst, den für sein Volk. So stelle der Wehrwille sein Vaterland über alles, über die Güter dieser Erde, über seine Person, er stelle Deutschland über alles in der Welt. Der Kundgebung schloß sich ein Vorbeimarsch an den Häusern an. In irgendwelchen Störungen ist es nicht gekommen. Im Laufe des Nachmittags verließen dann die auswärtigen Teilnehmer auf ihren Kraftfahrzeugen wieder die Stadt.

7 1/2 % Zinsfuß für Aufwertungshypotheken.

Berlin. Der Reichsrat erteilte in seiner Sitzung vom Dienstag seine Zustimmung zu der Verleihung der Rechtsfähigkeit an den Landesverband sächsischer Gläubiger in Dresden, sowie an den Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein in Innsbruck und befaßte sich dann mit einer Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Bergierung der Aufwertungshypotheken. Nach diesem Gesetz sollen die Gläubiger der Aufwertungshypotheken vom 1. Januar 1933 ab einen angemessenen Zinsfuß erhalten, damit nicht durch massenhafte Rückzahlungen von Aufwertungshypotheken der Kapitalmarkt gefährdet wird. Die Höhe des Zinsfußes über 5 Prozent hinaus festzusetzen, hat das Gesetz der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat überlassen. Die Ausschüsse des Reichsrats empfahlen die Annahme des Regierungsvorschlags, durch den ein Zinsfuß von 7 1/2 Prozent, also eine Erhöhung des Zinsfußes für Aufwertungshypotheken von 5 auf 7 1/2 Prozent vorgeschlagen wird.

Wie schon in den Ausschüssen, so beantragte auch im Plenum die preussische Staatsregierung, den Zinsfuß auf nur auf 2 Prozent festzusetzen, weil eine Erhöhung des Kapitalmarktes durch massenhafte Rückzahlungen nicht zu befürchten sei und die Landwirtschaft einen höheren Zinsfuß als 7 Prozent nicht ertragen könnte. In vormaliger Abstimmung wurde der preussische Antrag mit 39 gegen 27 Stimmen abgelehnt und der Regierungsentwurf genehmigt. Für den preussischen Antrag stimmten nur die preussische Staatsregierung, die preussischen Provinzen und das Land Schaumburg-Lippe.

Der Vertreter Preußens, Staatssekretär Weidmann, machte auf die interessante Tatsache aufmerksam, daß der preussische Antrag auch von Braunschweig und Thüringen abgelehnt sei, obwohl die Nationalsozialisten im Reichsrat die Bekämpfung aller Leute, die mehr als 5 Prozent Zins nehmen, wegen Wuchers beantragt hätten. Die Vertreter Braunschweigs und Thüringens legten Einspruch gegen diese Kritik an ihren Regierungen ein.

Sobte Geldstrafen im Spritkammer-Prozess

In dem großen Spritkammer-Prozess wurde gestern Abend das Urteil verkündet. Von den 16 Angeklagten wurden 13 verurteilt und 3 freigesprochen. Wegen bandenmäßigem Bandenbruches in Lateinheit mit Monopolverstoßverletzung erhielt der Ingenieur Bauer ein Jahr zwei Monate Gefängnis und Geld- und Wertersatzstrafen von insgesamt 525 000 RM. Kommerzienrat Karl Lindemann wegen desselben Vergehens unter Einbeziehung der gegen ihn bereits erkannten Strafe wegen Betrugs durch Kurstreiber eine Gesamtstrafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis sowie Geld- und Wertersatzstrafen von 275 000 RM. Otto Lindemann eine Gesamtstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis und Geld- und Wertersatzstrafen von 310 000 RM. Der Angeklagte Röhler sieben Monate Gefängnis und 300 000 RM Geld- und Wertersatzstrafen, doch für die Gefängnisstrafe Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden zu drei bis neun Monaten Gefängnis zum Teil ebenfalls mit Bewährungsfrist, und zu Geld- und Wertersatzstrafen bis zu 60 000 RM verurteilt. Die Brüder Karl und Otto Bindemann erhielten außerdem je drei Jahre Ehrenrechtsverlust zuerkannt. Der beschlagnahmte Sprit wurde für verfallen erklärt und das Motorboot „Inge“ beschlagnahmt.

Handel und Volkswirtschaft

Am Berliner Börse gab die Tendenz nach freundlichen Beginn im späteren Verlauf nach. Am Bankenmarkt waren Reichsbank ziemlich fest. Salabetturib gingen an 236 zurück, konnten sich aber später etwas erholen. Warenmarkt schwächte sich die Tendenz noch weiter ab. Der Kohle für Tagessold betrug 6-8 Proz. für Monatsgeld 6,5 bis 8 Proz. Der Braunkohlekont blieb unverändert.

Der Aktienindex vom 24.-29. November 1930. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 24.-29. November 1930 auf 83,9 gegenüber 91,8 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,8 (86,9), Gruppe verarbeitende Industrie auf 78,4 (81,0) und Gruppe Handel und Verkehr 112,9 (115,0). Für den Durchschnitt des Monats November 1930 ist der Index mit 92,8 gegenüber 95,8 im Durchschnitt Oktober 1930 ermittelt, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie 87,4 (92,2), Gruppe verarbeitende Industrie 81,4 (84,4) und Gruppe Handel und Verkehr 115,5 (118,7).

„Ja, gewiß, das werde ich. Ich glaube, daß ich reichlich angezogen zu ihm war. Jedenfalls werde ich mal nach ihm sehen.“

Hans Ulrich stampfte ungeduldig den Boden, während Ursula von Dergan sich lachend auf ihren Rodelschlitten schwang.

„Brummen Sie man weiter,“ lachte sie, „und lassen Sie sich den Kaffee gut schmecken. Rodel - Heil!“

Wit finster getrauerter Stirn blickte Hans Ulrich dem schnell dahinjagenden Rodelschlitten nach. Nach sah er den roten Schwiger und die weiße Heimgelmmännchenteppie Ursulas zwischen den beschnittenen Tannen aufsteigen, dann war sie seinen Augen entchwunden.

Aber auch der Unmut aus seinen blauen Augen. Er lachte plötzlich hell auf, und während er rüstig, um die andern einzuholen, aufwärts schritt, lang er leise vor sich hin.

„Kerlchen, wo ist Kerlchen?“ riefen die andern. Er winkte nur lachend abwärts, und der Prinz sagte:

„Sie hat Kasse, die Kleine. Aber verdammt kalblütig ist sie doch, finden Sie nicht auch, lieber Vossen?“

„Ich mag mir darüber kein Urteil an, höchst ich habe nur immer gefunden, daß Fräulein von Dergan das Herz und auch den Mund auf dem rechten Fleck hat.“

Prinz Günther sah den blonden Jüngling etwas verdutzt an, dann lächelte er - ein gutes, helteres Lächeln, und mit diesem Lächeln trat er zu Ingelbuds Schwester, der rotblonden Irmengard, die in ihrer roten Pfefelmütze und feuerroten Jacke schon lange nach ihm Ausschau hielt.

„Schade, daß der Waldweg doch nur so kurz war. Irmengard hätte ihm so viel zu sagen und er ihr vielleicht auch.“ Der Silbergraben war erreicht. Zu Tausenden schimmerten

Deutscher Stafettenritt ländlicher Reiter.

Der Reichsverband für Jagd und Falkung des Deutschen Reichs stierte in diesem Jahre sein 30jähriges Bestehen. Die großen sportlichen Veranstaltungen, die diesem Jubiläumsjahr ein ganz besonderes Gepräge gegeben haben, finden jetzt ihren Abschluß in einem großen deutschen Stafettenritt ländlicher Reiter. Bei ihm treten Baden und Oldenburg, Danzig, Ostpreußen und das Rheinland, Schleswig-Holstein und Bayern durch Reitervereine miteinander in Verbindung. Aber jetzt sei schon darauf hingewiesen, daß der Freizeitsport am 7. und 8. Dezember die ländlichen Reiter in seinen Grenzen maßlos machen wird.

Auf Sachsen entfallen folgende Strecken: Vom Stafettenritt I (Rheinland) in Baden - Halle a. S.: Müllheim an der sächsischen Grenze bei Hof - Delitzsch - Falkenstein - Kurbach - Rodewisch - Bengenfeld - Reichenbach - Schönfeld bis zum Ostaussgang von Greiz, wo die Stafette von den Reitern Thüringens übernommen wird. Der Ritt in Müllheim erfolgt am 8. Dezember morgens 1 Uhr. Ankunft in Schönfeld schon am gleichen Tage morgens 5 Uhr.

Vom dem Stafettenritt II (Sachsen) - Halle a. S. übernehmen die sächsischen Reiter die Stafette aus Schlesien am Bahnhofs Landgut südlich Stritz. Der Ritt nimmt dann folgenden Weg: Stritz - Titzschdorf - Wittgendorf - Oberfellerdorf - Herrnhut - Osbau - Saupen - Bischofs-Werba - Radeberg - Radeburg - Großenhain - Nies - Olsch - Wurzen. Die Grenze wird erreicht bei Thallwitz. Der Ritt in Thallwitz erfolgt am 7. Dezember mittags 12.00 Uhr. Ankunft in Thallwitz (Rostaussgang) am 8. Dezember morgens 7.00 Uhr.

Für den Kilometer sind im Durchschnitt 4 Minuten gerechnet. Die Entfernung, die jeder Stafettenreiter zurücklegt, richtet sich nach der Zahl der zur Verfügung stehenden Reiter, nach dem Gelände und nach der Tageszeit. Den Reitern wird geraten, die Stafetten paarweise zu reiten; während der Nacht muß dies geschehen. Die Ausrüstung der Pferde ist in ganz Deutschland einheitlich: Trense, alle Reiter, die sich an dem Ritt beteiligen, müssen durch sofortigen Winterbeschlagnahmung dafür sorgen, daß sie auf Schneefall und Glätte-eingerichtet sind. Alle Reiter müssen eine Stunde vor ihrer programmmäßigen Abreisezeit an Ort und Stelle einetroffen sein. Es wird vorausgesetzt, daß jeder ländliche Reiter es als Ehrenpflicht betrachtet, an der großen deutschen Reiterstafette beteiligt zu sein.

An dem Stafettenritt ist auch der Reitverein Nies mit 4 Stafetten zu je 3 Reitern beteiligt. Ihm fällt die schwerste Aufgabe zu, weil er seine Stafette in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember zwischen 9.20 bis 9.20 Uhr reiten muß. Die Anstrengungen sind um so höher zu bewerten, da er schon am Sonntag vormittag einen vierstündigen Geländerritt auszuführen hat. In Nies berührt die Stafette folgende Straßen: Von Roderan kommend über die Elbbrücke Polsterstraße, Bismarckstraße rechts, Lange Straße nach Almeida bis Straßenkreuzung Müllheim-Gangig und dann weiter nach Olsch.

Zurgenau Nordischen D.S. (Handball).

Zu. Zeitheim 1. schlägt Zu. Wermdorf 1. 2:1 (0:1) verdient!

Am Sonntag nachmittag trafen sich die beiden oben genannten Mannschaften auf dem Reichhof-Platz in Zeitheim zu einem Pflichtspiel, dieses Spiel wurde für den Zu. Zeitheim ein voller Erfolg. Gleich nach Anpfiff lassen die Turner in Führung und konnten ein schönes Tor erzielen. Halbzeit 0:1. In der zweiten Spielhälfte zeigten die Gäste ein tüchtiges Tempo vor und erzielten den Ausgleich. Kurz vor Schlußpfiff erreichten die Zeitheimer noch ein Tor: Schluß 2:1.

Nach dem Spiel trafen sich

Zeitheim 1. Jgd. - Wermdorf 1. Jgd. 1:3 (1:2).

Das Zusammenspiel der Jugend war aläunend. An den Spielern lieat es nun, durch eifrige Teilnahme an den Spielen die Leistungen auf der Höhe zu halten.

Unnachlässliche Strafen für rohes Spiel.

Verhütung von Sportunfällen. - Sport als Dienen der Gesundheit und Stärkung des Körpers.

Im Interesse der Verhütung von Sportunfällen, die nach den bisherigen Erfahrungen vielfach auf nicht genügenden energielichen Eingreifen der Schiedsrichter zurückzuführen sind, weist der Verbandsschiedsrichterausschuß des Verbandes Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine die ihm unterstehenden Schiedsrichter an, jede rohe und gefährliche Spielweise unmissverständlich mit sofortigem Spielausbruch des Verbebers zu ahnden und den oder die rücksichtslosen Spieler dem Gau zur weiteren Verhaftung zu melden. Mit Beginn der kälteren Jahreszeit, wo Eisbildung, Schlamm-, Schneehemmel usw. die Gefahrhaftigkeit der Spielerher beinträchtigen, sollen die Schiedsrichter vor Spielbeginn genau prüfen, ob einwandfreie Durchführung des Spieles möglich ist. Es ist zwecklos, ein Spiel beginnen zu lassen, das dann abgebrochen werden muß. Die Schiedsrichter sollen

die funkelnden Kristalle im Sonnensichte, und durch den schneigen Wald slog ein Traum.

Ein nettes Königreich schien aufgetan, und überall klang Schellengeläch mit silbernem Laut.

Die hochzeitgeläut schwebte es durch den weißen Wald. Die beiden legten in dem kleinen Zuge, die den weißen Weg aufwärts schritten, horchten schweigend auf das mehr und mehr verhallende Geläut.

Ingelbuds ging langsam, es war, als werde ihr das Steigen schwer. Jewellen streifte ihr Blick die hohe, kraftvolle Gestalt ihres Verlobten - fast brutal erschien sie ihr - der vor ihr an Nies Hoffens Seite die Schwelgerhüte vor den andern zu gewinnen suchte. Er hatte es übernommen, heute für das materielle Wohl der Mannschaften zu sorgen und wollte der erste am Plage sein.

Nies Hoffens schritt mit leisem Schritt neben ihm her. Ihr weißes Sportkostüm leuchtete durch die dunkelgrünen, leichverkleideten Tannen.

Und Ingelbuds mußte denken, als sie an der Seite des schweißgamen Johannes Funke so hinter ihrem Verlobten einher schritt, als gingen sie sich gar nichts an. Sie hätte eigentlich viel besser zu ihm gepakt, die kleine Nies, als sie mit meinen schweren Gedanken. Warum Geo nur mich und nicht sie gemählt hat?

Unwillkürlich feuerte sie leicht auf, und ihr Begleiter sagte plötzlich:

Die andern geben zu schnell. Warum eilen wir so? Der Weg wird Ihnen schwer, Gräfin?
Er sah sie nicht an, sondern blickte noch immer starr geradeaus in den weißen Zauberswald, durch den die späte Nachmittagssonne fiel.

daran denken, daß Sport aus Gesundheitsrücksichten und zur Stärkung des Körpers betrieben wird, was nun bei einwandfreiem Boden möglich ist, und daß für Unfällefälle, die durch schlechten Spielboden verursacht werden, sie selbst verantwortlich bleiben.

Sportverein Ditzschener.

Ditzschener I. - Röderrau II. 2:1.
Die I. Elf weilt in Röderrau und unterlag der dortigen Reserve; ob diese Niederlage gerecht war, ist noch dahingestellt.

Ditzschener I. Jugend - Eisengarten I. Jugend 7:2.
Hier waren die Ditzschener Kämpfe tonangebend, der Ditzschener Torhüter brauchte nicht einmal eingegriffen. Vertriebenen konnte aber das Spiel der Ditzschener I. Jugend durchaus nicht. Das laute Spielen und Respektieren hinterließen bestimmt keinen guten Eindruck.

Ganz unvoollständig trat die II. Jugend in Röderrau der II. Jugend von dort gegenüber. Resultat 0:1. Und hier muß endlich ein anderer Geist in die Mannschaft kommen, dann werden auch die Siege nicht ausbleiben. G. S.

Die 2. Zwischenrunde um den DFB-Pokal

Bringt am 14. Dezember den erstmaligen Einsatz der höher spielenden 20 Mannschaften aus den Spielkreisen Ostpreußen, Groß-Polezig, Mitteldeutschland, Saale und Mittel-Elbe. Von den somit noch vorhandenen 20 Bewerbern bleibt die 1. Mannschaft d. Coburg Spielfrei. Für die übrigen bringt der Spielplan folgende Zusammenstellungen:

- Sportfreunde-Galle - Freuden-Vogelstein
- Fortuna-Radeburg - S. B. Groß-Rayna
- Sportklub-Deßau - Wacker-Polezig
- Deßau-08 - Sportklub-Grütz
- Reidenauer Sportklub - TuS-Polezig
- Reerane-07 - Sportfreunde-Polezig
- Sp. B. Neumar - Viktoria-Radeburg
- Sp. B. Dresden 08 - Viktoria-Polezig
- 09-Merleburg - Wacker-Polezig
- Sturm-Chemnitz - J. S. B. Jena
- Spielvereinigung-Polezig - Emmendorf 1910
- Spielg. Falkenstein - Sportklub-Dresden
- Sp. und S. C. Plauen - Freuden-Chemnitz
- 08-Bitterfeld - Freuden-Radeburg

Die Sitzung des Deutschen Fußballbundes in Münster.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Fußballbundes hielt in Münster eine Arbeitssitzung ab, die sich vorwiegend mit dem unauflösbaren Problem Statut befaßte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das ständlich verunglückte Vorstandsmitglied, Amtsgeschäftsführer Rudolf Fuhrmann-Polezig, in warmen Worten seitens des Vorstandes gedacht. - Das Protokoll wurde schon in der Sitzung vom 7. November 1930 in seinen Grundzügen aufgeschrieben.

Seit 14 Tagen war der Vorschlag den einzelnen Mitgliedern bekannt, so daß die eingehende Beratung des Statuts in der Sitzung in Münster erleichtert war. Das Statut wird der am 13. und 14. Dez. 30 in Hannover stattfindenden Verammlung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Diese Sitzung wird auch darüber befinden, ob eine außerordentliche Bundesversammlung erforderlich erscheint. Des weiteren soll dieser Sitzung die Frage vorgelegt werden, ob es noch notwendig ist, eine Besprechung der Bundesleitung mit den Vereinen herbeizuführen.

Die Sitzung befaßte sich ferner mit den Steuerfragen, die in letzter Zeit ausführlich in der Presse erörtert wurden. Der Vorstand bedauerte, daß in dieser Frage Meldungen verbreitet wurden, die mit den bestehenden Gesetzen des Bundes nicht übereinstimmen. Eine eingehende Ausklärung erfolgte durch den Bundesvorsitzenden, der seit Jahren Steuerreferent des Deutschen Reichsausschusses ist und als solcher alle den Sport berührenden Steuerfragen mit den zuständigen Ressorts der Behörden bearbeitet. Das Ziel des Bundes ist nach wie vor einzig und allein die Förderung des Amateursports. Der Bund wird seine Vereine in ihrer gemeinnützigen Tätigkeit vor unberechtigter Steuerlicher Heranziehung schützen und bittet die Presse in diesem Bestreben um Unterstützung.

Es wurden noch folgende Einzeltermine festgelegt: Die Bundespokalzwischenrunde findet am 11. Januar statt. Es spielen Ostdeutschland gegen Westdeutschland in Rammstein und Südostdeutschland gegen Mitteldeutschland in Deutzen. Die Spieltermine für die Endkämpfe um die deutsche Meisterschaft wurden vom Bundesvorstand wie folgt festgelegt: Vorrunde 10. Mai, 1. Zwischenrunde am 17. Mai, 2. Zwischenrunde am 31. Mai und Endspiel am 14. Juni.

Ingelbuds sah in das scharfgeschnittene, gebräunte, bartlose Antlitz mit den tiefen Furchen in der breiten Stirn, als sie langsam entgegenste:

„Es gibt Wege, die sich leicht wandern und die doch schwer genug sind und uns den Atem rauben.“

„Sie sind leidend, Gräfin?“ fragte der junge Mann, ab-sichtlich den Doppelpunkt ihrer Rede ignorierend. „Da wundern's mich, daß Sie Sport treiben.“

Ingelbuds Augen streiften ihn stoß und kühl.

„Wie kommen Sie zu der Auffassung, daß ich krank bin? Ich liebe den Sport und die Gefahr. Wenn ich diesen Weg hier mühselig und schwer empfinde, so liegt das vielleicht daran, daß ich ihn lieber allein ginge, als in lärmender Gesellschaft, die nicht erlaubt, daß man bei sich selber Einkehr hält.“

„Das heißt mit anderen Worten,“ schaltete er, die Augen halb zuckelnd, „ich würde es gern sehen, wenn auch Sie, mein lieber Herr Funke, sich zu den andern trösten. Habe ich recht?“

Wie ein Blüthen suchte es in den Massen Mädchenaugen auf, in die hell die Sonne fiel, und es schien, als sprächen grün funkelnde Smaragde darin auf.

„Wenn Sie wollen. Ich bin keine Freundin von konventionellen Dingen.“

„Na, aufrichtig sind Sie, Gräfin,“ gab er halb unwirsch, halb gutmütig zurück, „das muß ich wirklich bekennen.“

„Ja, es war stets mein größter und vielleicht einziger Wunsch, aber diese Aufrichtigkeit zwingt mich, auch Ihnen zu bekennen, daß mich Ihre Gegenwart nicht gestört hat.“

(Fortsetzung folgt.)